

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hülfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 11.

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementsspreis 1.50 M. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbeckerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,
Sonnabend, 13. März 1909.

Anzeigen kosten die 4 geplante Petitzelle
oder deren Raum 40 Pf. (der Betrag ist
stets vorher einzusenden.)
Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile.

23. Jahrg.

12. Generalversammlung in Köln.

I.

Eine arbeitsreiche Woche hat unser Verband hinter sich. Bis auf das Referat über die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses wurden alle Punkte der Tagesordnung erledigt. Ziehen wir in Erwägung, daß diese Generalversammlung Beschlüsse von außerordentlicher Bedeutung und Tragweite für die künftige Gestaltung und den inneren Ausbau unseres Verbandes zu fassen hatte, so können wir, wenn wir das Fazit der fünfzägigen Verhandlung ziehen, im allgemeinen konstatieren, daß die Generalversammlung gut gearbeitet hat. Deutlich kam bei den wichtigsten Verhandlungspunkten zum Ausdruck, daß wir uns den Erfordernissen der gegebenen Situation anpassen müssen, wenn wir fortschreiten wollen. Und dies Moment ist eines der erfreulichsten, da es uns die Gewissheit gibt, daß unsere Mitglieder der Gesamtlage Rechnung tragen, daß die Vorgänge innerhalb unserer Organisation wohl Beachtung gefunden, kurz, daß unsere Kollegen gekreut haben.

Gegen die Rechenschaftsberichte des Vorstandes, Ausschusses und der Redaktion wurden in prinzipieller Hinsicht keine Klagen erhoben; die vorgebrachten Einwendungen und Beschwerden betrafen hauptsächlich einzelne örtliche Fälle ohne besondere Bedeutung, sodass die Generalversammlung Decharge erteilte.

Bei der Beratung über die zum Statut gestellten Anträge legte der Vorstand nachstehende Resolution vor, in der er beauftragt werden soll, bis zur nächsten Generalversammlung eine Vorlage zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung auszuarbeiten. Zur Erlangung einer festen Grundlage hierzu soll die Arbeitslosenunterstützung vorläufig facultativ eingeführt werden.

Die Resolution zur Arbeitslosenunterstützung, die Annahme fand, lautet:

Die Generalversammlung zu Köln erachtet alle von den Mitgliedern eingebrochenen Anträge, die auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung hinzielen, für berechtigt und letztere als eine im Interesse der Organisation sich notwendig ergebende Unterstützungsseinrichtung und bedauert, daß die vom Vorstand und Ausschuss ausgearbeiteten Vorschläge vom Jahre 1903 und 1906 durch die Mitglieder in der Urabstimmung abgelehnt wurden, umso mehr, als gerade diese geeignet waren, der wirklichen und praktischen Durchführung die Wege zu bahnen. Wenn die Vorschläge nicht allen finanziellen Anforderungen und Wünschen der Mitglieder entsprochen haben, so war damit die Erwartung verbunden, mit der Zeit diese Unterstützung dahingehend ausgestalten zu können. Bei dem außerordentlich hohen Prozentsatz der Arbeitslosigkeit, wie er sich bei allen Erhebungen innerhalb des Verbandes ergibt, könnten ohne größere finanzielle Leistungen der Mitglieder und der Verbandsklasse höhere Sätze für die Auszahlung der Unterstützung nicht geboten werden. Dieses war aber zu der gegebenen Zeit nicht möglich, weil alle im Verbande vorhandenen Kräfte in finanzieller Hinsicht durch die vielen und umfangreichen Lohnkämpfe vollkommen in Anspruch genommen waren, so daß die Möglichkeit, aus Verbandsmitteln diese so schnellst gewünschte Unterstützung einzuführen, durchaus nicht gegeben war. Die Tatsache der letzten Jahre, insbesondere das Jahr 1903 hat gezeigt, wie sehr die bei den Vorschlägen beobachtete Zurückhaltung, indem man Einnahmen und Ausgaben als die Grundlage für die Berechnung heranzog, berechtigt war. Bei der Durchberatung fehlte es an praktischen Erfahrungen, ohne die alle Rätselungen nur mit der größten Vorsicht aufgenommen werden können.

Nachdem nun die Organisationen in den letzten Jahren sich gegenüber den Arbeitgebern die Anerkennung verschafft hat, mitbestimmend bei Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses wirken zu können, sowie durch Steigerung der Mitgliederbeiträge die finanzielle Lage des Verbandes wesentlich geboten ist, so beauftragt die Generalversammlung den Vorstand und Ausschuss mit der nochmaligen Ausarbeitung einer Vorlage zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Die Vorlage ist drei Monate vor der nächsten Generalversammlung im Vereinsanzeiger den Mitgliedern bekannt zu geben und haben dann die Delegierten auf der Generalversammlung über die endgültige Einführung zu beschließen.

Zur Erlangung einer auf praktischer Erfahrung beruhenden Grundlage über Verwaltung und Kontrolle, sowie der den Mitgliedern aufzuerlegenden Beitragserhöhung und deren Wirkung auf den Stand der Mitglieder, beauftragt die Generalversammlung den Vorstand mit der provisorischen Durchführung einer facultativen Arbeitslosenunterstützung.

Als Grundlage sind folgende Grundsätze maßgebend:

1. Mitglieder, die 52 Wochenbeiträge und außerdem Extramarken in der Höhe von 7 Mark entrichtet haben, kann bei eintretender Arbeitslosigkeit eine tägliche Unterstützung von einer Mark bis insgesamt 18 Mark gezahlt werden.
2. Bei Mitgliedern, die 104 Wochenbeiträge nebst den jährlich zu zahlenden Extramarken entrichtet und die Unterstützung nicht beanspruchen, steigt der zu beanspruchende Unterstützungsatz auf 24 Mark.
3. Die Mitgliedschaft für diese Arbeitslosenunterstützung kommt nur vom 1. Januar ab in Rechnung,

Mitglieder, die die Extramarken in der vom Vorstand bestimmten Zeit nicht voll entrichtet haben, verlieren jegliches Recht an diese Unterstützung.

4. Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung beginnt mit dem 1. Januar 1910 in den Wintermonaten Januar, Februar, November und Dezember und endigt mit dem 1. März 1911.
5. Den Mitgliedern, die sich durch Entnahmen der Extramarken versichern, aber in der genannten Zeit keine Arbeitslosenunterstützung beziehen, wird bei der durch die Generalversammlung beschlossenen Erwerbslosenunterstützung der Wert der Marken durch erhöhten Anspruch auf Unterstützung oder wenn diese nicht eingeführt wird, auf die Beitragssumme in Rechnung gebracht.

6. Das Auszahlen von Meise-, Franken- und Arbeitslosenunterstützung zugleich ist nicht zulässig.

Der Betrag der erhaltenen Arbeitslosenunterstützung wird beim Bezug von Meiseunterstützung in Rechnung gebracht. Mitglieder, die das Recht auf die Arbeitslosenunterstützung erworben haben, jedoch die Meiseunterstützung beziehen, erhalten den Betrag der geleisteten Extrasteuer auf den Höchstbetrag der Meiseunterstützung zugerechnet.

Der Extrabeitrag wird durch eine 50 Pf.-Marke erhoben.

Die Mitglieder, die bis zu der vom Vorstand festgesetzten Zeit die Extramarken bezahlt und mit dem obligatorischen Wochenbeitrag nicht über die statutarisch zulässige Zeit im Rückstand sind, müssen bis spätestens 30. Oktober dem Vorstand namentlich mitgeteilt werden. Um Jahre 1910 muss diese Meldung jedoch schon bis zum 30. September erfolgt sein.

Des weiteren wird der Vorstand beauftragt, die näheren Bestimmungen zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung auszuarbeiten und dem Statut einzubereisen.

Wie vorauszusehen war, nahmen die Delegierten und die sich anschließenden Beratungen über den Punkt Tarifverträge das größte Interesse der Delegierten in Anspruch. Unterhalb Tage beschäftigte sich die Generalversammlung mit dieser Frage. In ruhiger, sachlicher Weise wurden die Licht- und Schattenseiten vorgetragen, doch war bereits am Abend des ersten Tages das Ergebnis vorauszusehen. In namentlicher Abstimmung wurde gegen 9 Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands erachtet wie bisher den Abschluss von Tarifverträgen als ein aus den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen sich notwendig ergebendes Mittel zum Zwecke der Verbesserung und Sicherstellung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses sowie eine Anerkennung, Stärkung und Festigung des Verbandes.“

Diese grundsätzliche Stellung der Generalversammlung zu den Tarifverträgen bedarf einer Vorderung auch

dann nicht, wenn sich die örtlichen Tarifverträge zu einem einheitlichen Tarifvertrag über größere Landesteile und Bezirke oder später auf das ganze Reich ausdehnen.

Tarifverträge können nur dann von dauerndem Bestande sein, wenn die Vertragskontrahenten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den vereinbarten Tarifvertrag unter allen Umständen einhalten. Diese Voraussetzung ist bei unserem Verband gegeben, während ein Teil der Arbeitgeber es in den letzten Jahren noch sehr daran hat fehlen lassen.

Die Generalversammlung billigt die Haltung des Vorstandes auf dem Gebiete des Tarifwesens, sowie die vorgenommene Abstimmung der Mitglieder wegen Verlängerung der Tarife bis 31. Dezember 1909, und erklärt den Beschluss als bindend für alle beteiligten Filialen.

Der Vorstand wird hierdurch ermächtigt, bei den zukünftigen Verhandlungen, die bereits im Juli d. J. (nun Normaltarif) beginnen sollen, dahin zu wirken, daß möglichst alle Fragen, die das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffen, einer generellen Regelung unterworfen werden. Im besonderen ist auch die Festlegung allgemein gültiger Bestimmungen für obligatorisch zu berücksichtigende paritätische Arbeitsnachweise zu erstreben. Die Generalversammlung erwartet jedoch, daß bei den zentral geführten Verhandlungen alle besonders gearteten örtlichen Bestimmungen der bisherigen Verträge Berücksichtigung finden.

Den örtlichen Bestimmungen sollen vorbehalten sein: 1. Die Höhe der Stundenlöhne. 2. Arbeitszeit mit Festsetzung der Pausen. 3. Vergütung für Landarbeit und Wegebedauer. 4. Der Wochentag nebst Feiertags- und Sonnabendschluss.

Die Filialen und Zahlstellenverwaltungen der Wohngebiete eines Bezirks haben sich über die zu stellenden Forderungen zu verständigen, sie auszuarbeiten und als Vorschläge den Mitgliederversammlungen zur Beratung und Abstimmung zu unterbreiten.

Die von der Mehrheit der Mitglieder anerkannten Forderungen sind von den Filialen der Bezirksleitung rechtzeitig einzusenden. Der Vorstand hat dann diese dem Hauptverbande der deutschen Arbeitgeberverbände im Malergewerbe einzureichen und sie bei den Verhandlungen als die von den Mitgliedern gegebene Grundlage zu betrachten.

Zu den im Sommer dieses Jahres beginnenden Verhandlungen über die Neugestaltung der Tarifverträge ist die Verhandlungskommission wie folgt festgesetzt worden: Aus drei Vertretern des Hauptvorstandes, dem Obmann des Ausschusses, den sieben Bezirksleitern und fünfzehn in den Bezirken zu wählenden Kollegen. Die Verteilung auf die einzelnen Bezirke hat prozentual der im Bezirk organisierten Kollegen zu erfolgen.

Zu den Verhandlungen in den einzelnen Orten oder kleineren Wohngebieten können die Mitglieder der Überwachungskommissionen oder besonders gewählte Lohnkommissionen bestimmt werden.

Zu Verhandlungen über Fragen, die größere Wohngebiete, Bezirke oder Landesteile betreffen, sind die Bezirksleitungen berechtigt.

Bei allen Verhandlungen steht dem Vorstand sowie den Bezirksleitern das Recht zu, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Die endgültigen Resultate der Tarifverhandlungen sind den Mitgliedern zur Abstimmung zu unterbreiten, sei es, daß in den Filialen und Zahlstellen durch Mitgliederversammlungen oder Vertrauensmännerkonferenzen die Beschlussfassung herbeigeführt wird, oder sei es, daß die Bezirksleitungen unter Zustimmung der Filialverwaltungen des Bezirks die Resultate einer Bezirkskonferenz unterbreiten, um die Abstimmung durch die Delegierten vorzunehmen.

In allen Fällen der Abstimmung entscheidet die einfache Majorität der beteiligten Mitglieder. Hat sich nur die Hälfte der eingetragenen Mitglieder an der Abstimmung beteiligt und liegen sonstige Umstände vor, so haben Vorstand und Ausschuss das Recht, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, der die endgültige Entscheidung zusteht.“

Damit ist, soweit es sich um die nächsten Tarifverhandlungen handelt, und die Haltung des Vorstandes in der vorjährigen Tarifbewegung in Betracht kommt, Klarheit geschaffen. Durch die aufgestellten Richtlinien wird den Rechten der Mitglieder unter den gegebenen Verhältnissen in weitestgehendem Maße Rechnung getragen. Zugleich ergibt sich aber auch aus diesem Beschluss der Generalversammlung mit zwingender Notwendigkeit die Schlussfolgerung, daß es in Zukunft nicht mehr möglich und auch nicht mehr zweckmäßig ist, unter allen Umständen die letzte Entscheidung über Annahme oder Ablehnung von Tarifvereinbarungen den einzelnen Filialen zu überlassen. Die Entwicklung des modernen Tarifwesens bedingt es, das Recht der Entscheidung auch den zentralen Instanzen der Organisationen einzuräumen.

Etwas vom Klassenkampf.

Ein schwarzes Blatt in der sonst so schönen Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist die dem arbeitenden Volke so schädliche Sonderbündelei. Diese Sonderbündelei wird von ihren Repräsentanten ganz selbstverständlich auf jede Art und Weise beschönigt und verteidigt. Man muss doch für diese Sorte von Arbeiterversaum und Schwächung der Stoffkraft der Arbeiterschaft doch den Arbeitern nicht erzählen, daß diese Sondergewerkschaften gleich den neuesten gelben Erzeugnissen des Herrn Lehns nur auf Initiative der Unternehmer und deren Handlanger entstanden sind zur Vertretung der Unternehmerinteressen. Und so zerrt man denn "schädliche" Gründe heran, die in "einheitsfreier" Weise das Sprichlein von der Notwendigkeit der christlichen oder Hirsch-Dünckerischen Gewerkschaften "rechtfertigen" sollen. Die lieben Christen behaupten, daß sie sich mit den freien Verbänden zur Verbesserung ihrer Lebenslage unmöglich zusammenstüßen könnten, daselbe behaupten auch die Hirsch-Dünckerischen.

Als vornehmsten Grund ihrer Ablehnung eines gemeinsamen festen Zusammenschlusses, eines gemeinsamen Vorgehens, geben die Vorführer dieser Sonderorganisationen an, die "sozialdemokratischen" Verbände ständen auf dem Standpunkt des Klassenkampfes. Einen solchen Standpunkt aber müßten sie, weil sie ja doch auf dem Boden der heutigen "Sozialstaatsordnung" ständen, weit von sich weisen. Wohl müßte die arbeitende Klasse ihre Lage zu verbessern suchen, jedoch darf dies nicht vom Klassenkampf aus geschehen.

So hört und liest man oft in christlichen und Hirsch-Dünckerischen Organen und man kann sich bei Entgegnung dieser obstinaten Weisheit eines Lächelns nicht erwehren. Diese Ablehnung des Klassenkampfstandpunktes ist eben auch nichts weiter als eines jener "ethischen" Mittelchen, mit denen man die Schwächung der organisierten Arbeiterschaft zugunsten des Unternehmertums so recht schön zu verdecken sucht. Das ist zu einem Schlagwort auf jener Seite geworben und — so naß es ist — es verängt auf jener Seite. Sehr oft wird der Führer, sobald er in jenen Reihen mit diesen einsältigen Schlagworten operiert, auch Erfolge anzuwenden haben.

Was ist denn nun eigentlich Klassenkampf? Der wenig Unterrichtete ist leicht geneigt, bei diesem Worte an Barricaden, Mord, Todesschlag und Attentäter zu denken. Und doch ist Klassenkampf vollständig verständlich ausgedrückt nichts weiter als die Befähigung bestimmter, unter denselben Bedingungen lebender Bevölkerungsschichten zur Verbesserung ihrer Lage. Alles, was auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage einer Bevölkerungsschicht hingezt, muß ohne weiteres eine andere Bevölkerungsschicht berücksichtigen, und so sehen wir, daß dann Klasse gegen Klasse kämpft, um für die ihr Angehörigen Vorteile zu erringen.

Es ist u. a. auch jede politische Wahl nichts anderes als ein Stück Klassenkampf. Die Agrarpartei z. B. suchen bei der Reichstagswahl mit allen möglichen Mitteln vor allem Vertreter des Großgrundbesitzes, also Junker, in das Parlament hinzubringen, weil sie wissen, daß sie dann in der Lage sind, die agrarischen Interessen, d. h. die Interessen der Künkerklasse, gerichtet gegen die übrigen Volkschichten, nachdrücklich durchführen zu können. Und so schwärmen sie dann für hohe Getreide- und Fleischzölle, für die berüchtigten Viehgebäten, kurz für die Benützung anderer Volksklassen zugunsten der Künkerklasse.

Das ist Klassenkampf. Es ist auch Klassenkampf, wenn die aufgelöste Arbeiterpartei bei den Wahlen hofft, wie möglich Sozialdemokraten durchzubringen sucht, sie weiß, daß diese Partei gegen die soeben gekennzeichnete Junkerpoltik Sturm läuft und auch auf anderen Gebieten für die Verbesserung der Lage und Erleichterung der Kosten des arbeitenden Volkes eintritt. Auch das ist Klassenkampf. Es ist aber auch Klassenkampf, wenn christlich organisierte Arbeiter Zentrumsleute über Hirsch-Dünckerische Arbeiter bei den Wahlen sogenannte freiinnige Vertreter durchzubringen suchen. Sie erwarten von diesen — allerdings täuschen sie sich bei dieser Annahme — gleichfalls ein Eintreten für ihre speziellen Arbeiterinteressen. Geschéhe dies aber, so bedeutet auch das ein Zuwiderlaufen der Vorteile und Vorteile anderer Klassen. Also auch hier wünscht man die Befähigung des Klassenkampfes.

Sehen wir anderseits den sogenannten Mittelfaktor an. Er begeht unter anderen mittelständischen Vorbedingungen auch den Befähigungsnachweis. Warum? Er hofft davon ein Aufblühen des Handwerks und glaubt, daß dieses durch solche und ähnliche Politikmittelchen wieder seinen berühmten "goldenen Boden" zurückgewinnen könnte. Geschéhe dies aber, dann trüge den Schaden der Großbetrieb, die Großindustrie davon. Also auch hier der Kampf der Handwerker gegen die Kapitalistensklasse.

Nehmen wir indessen noch harmlosere Vorgänge im alltäglichen Leben. Nehmen wir eine Petition irgendwelchen Inhalts, gerichtet an die gegebenen Körperchaften. Sie wird stets das Bestreben irgend einer Partei oder Klasse enthalten, deren Lage zu verbessern. Und wenn es mir die Petition irgend einer Beamtenkategorie ist, die „in Chrifheit erfunden“ ist, die gesetz-

gebenden Körperchaften behufs Ausbeutung ihrer ganz gewiß miserablen Löhne und Gehälter gerichtet wird — es ist ebenfalls der wenn auch in mildesten Formen geäußerte Ausdruck des Kampfes der betreffenden Klasse zur Verbesserung ihrer Lebenslage.

Beschreiten wir nun das gewiß große Kapitel des gewerkschaftlichen Klassenkampfes. Seine vornehmste Charakterisierung findet dieser ganz selbstverständlich entweder in dem Streik, seitens der Arbeiter initiiert zur Verbesserung oder Erhaltung ihrer Lebenslage, oder in der Aussperre, initiiert von den Unternehmern zur Niederdrückung der Arbeiterschaft. Hier ist der Kampf der einen Seite gegen die andere ganz öffentlich. Daraus ist auch jeder Streit, jede Aussperre weiter nichts als eine klare, von jeder Sentimentalität entblößte Klassenkampfbetätigung.

Nehmen wir aber die leichteren Formen des wirtschaftlichen Kampfes, die Lohn- und Tarifbewegungen, die zum Abschluß gebracht werden, ohne daß dabei der brutalere Ausdruck des Klassenkampfes, der Streik, Anwendung findet. Auch hier nicht destoweniger Klassenkampf, der in den meisten Fällen die energischere Betätigung desselben durch den Streik nur deshalb ausschließt, weil eine der Parteien irgendwelcher wirtschaftlicher Gründe wegen vor ihm zurückstretet.

So sprechen bei der Entscheidung von Lohnbewegungen die Geschäftslage, die Stärke der Organisationen und deren Kampfbereitschaft stets ein eindringliches Wörtchen mit. Sie sind die entscheidenden Faktoren bei jeder Bewegung. Deshalb ist aber auch jede Lohnbewegung, jede Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit oder Befähigung von Weißständen zugunsten der Arbeiter, ganz gleichgültig, ob sie zum Streik führt oder nicht, eine Befähigung des Klassenkampfes. Denn sobald in einem Betriebe auf Grund einer solchen Bewegung der Lohn erhöht oder die Arbeitszeit verkürzt wird, so geschieht das auf Kosten der Profitrate des Unternehmers. Die Unternehmerklasse hat dadurch in ihrer Gesamtheit einen Nachteil, die Arbeiterklasse einen Vorteil erreicht. Hierbei fällt auch nicht weiter ins Gewicht, wenn der so benachteiligte Unternehmer den erlittenen Schaden später auf andere Gruppen abzuwälzen sucht. Es tritt hier dann weiter nichts in die Erscheinung, als ein neuer Klassenkampf anderer Gruppen.

Mit diesen Tatsachen fällt aber auch das Schlagwort, daß christliche oder Hirsch-Dünckerische Gewerkschaften den Klassenkampf verbünden und infolgedessen ihr Auftreten in den freien Verbänden unmöglich sei, halslos zusammen. Sie machen — falls man ihnen Angaben glauben schenkt darf — Lohnbewegungen, erhöhen die Löhne der Arbeiter, verkürzen deren Arbeitszeit, forschen auf jede Art Verbesserungen ihrer Organisationsangehörigen zu erreichen. Sogar der Streik ist bei den Hirsch-Dünckerischen trob des vielgerüttelten "Harmoniestandpunktes" nicht gänzlich verboten, bei den Christlichen ist er sogar fast der naturgemäßen Annahme des Klassengegnahmes moderner als früher geworden. Die Waffe, welche hier die Handlanger der Kapitalisten zur Zersplitterung der Arbeiterschaft seinerzeit geschaffen, entgleiten ihnen eben immer mehr und mehr und das eigene Geschöpf richtet sich gegen den Schülen.

Es wäre also Thorheit, den Klassenkampf negieren zu wollen. Klassenkampf war, ist und wird sein, so lange die verschiedenen Bevölkerungsklassen vorhanden sind. Und im heutigen modern-kapitalistischen Staat, der eine noch genauere Präzisierung und Scheidung der Klassen unabdingt im Gefolge haben muß, ist der Klassenkampf unverträglich. Eine Klasse gibt sich auf, wenn sie ihm nicht hält. Sie lebt damit auch ihre Daseinsberechtigung. Und deshalb ist es auch weiter nichts als eine faule Ausrede, wenn Vertreter christlicher oder Hirsch-Dünckerischer Organisationen vorgeben, mit den freien Verbänden nicht gemeinsame Sache machen zu können, weil die letzteren auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehen. Es ist nichts als ein Feigenblatt, daß man der Blöße des systematischen Arbeiterversaums vorhängt und dem breite Volksmassen nur deshalb folgen, weil ihnen leider noch nicht ein tieferes Eindringen in die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge möglich war.

Doch auch hier wird es dämmern. Dafür sorgen die sich immer mehr zusätzlichen Klassengegnäthe. Diese werden dem Volke endgültig die Augen öffnen. Dann werden aber auch die künftigen Schranken fallen, von denen eine auch das Schlagwort vom Klassenkampf ist, das bisher von allen Beratern vorgeschoßen wurde, um die Arbeiter an der einheitlichen Entfaltung ihrer Kräfte zu hindern. — Wir schließen mit den Worten eines Bürgerlichen Dozenten, des Professors Werner Sombart: „Die sozialdemokratische Wahl, aber auch jede vom proletarischen Geiste erfüllte Genossenschaft, jeder echte Gewerkschaft ist eine Form des Klassenkampfes.“ Just wie jede agrarische Bewegung zur Hochholzung des Kornpreises, jeder Auftrag eines Handwerkerkongresses, den Befähigungsnachweis einzuführen, jede Petition einer Handelskammer, die Wörtergelehrte zu reformieren, Klassenkampf reiner Klassenkampf ist.“

Der Mann ist ein Bürgerlicher. Hoffentlich begreifen auch bald die Arbeiter die in dem soeben angeführten Sache ausgesprochene Wissenswahrheit.

Die Abänderung der Unfallverhütungsvorschriften bei den Baugewerbsberufsgenossenschaften.

„Die vornehmste Aufgabe der Berufsgenossenschaften soll die Unfallverhütung und der Arbeiterschutz sein.“ Das wird auf den Verbandstagen der Genossenschaften in allen Konzerten immer wiederholt. Wie es mit der tatsächlichen Wahrnehmung dieser Beteuerungen aussieht, das zeigt der Inhalt der im Laufe der letzten Jahre in Kraft getretenen Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerbsberufsgenossenschaften. Die Hannoversche, Sachsen, Südwürttembergsche, Thüringische, Magdeburgische und Nordostliche Baugewerbs-Berufsgenossenschaft haben nach Zeitschriften von acht, neun und zehn Jahren wieder mal die Unfallverhütungsvorschriften geändert. Als in den Vordergrund tretende Unfallschutzmaßnahmen sind zu betrachten: die Arbeiter gegen Absurtagen und gegen das Herauffallen von Gegenständen zu schützen. Diese Schutzmaßnahmen stehen in engem Zusammenhang mit der Sicherheit des Gerüstbaues überhaupt. Doch nicht alle Berufsgenossenschaften machen von ihren Unternehmen klar und bestimmt zu fordern,

dass genügend und gutes Werkstoffmaterial beim Bau vorhanden sein muß.“ Schr bescheiden sind durchweg die Erweiterungen des Schnüres bezüglich des Baues der Gerüste.

Das „Nebenrichtermauer“ wird im speziellen nur bei der Hannoverschen und Thüringischen Baubewerbsgenossenschaft geschützt. Die Sachsenische und Rheinisch-Westfälische Baubewerbsgenossenschaft bewilligt diesen Schnüre, wenn Baumsteine zur Verwendung kommen. Die Nordostliche Baubewerbsgenossenschaft hat sich insbesondere gegen die angeblich unsachliche Steuerung gewehrt. — Der Schnüre der Arbeiter bei Dacharbeiten, wie Dachdecker, Zimmerer, Klempner usw., hat eine Neuerung erfahren, die als eine Verbesserung angesehen werden kann. Die agitatorische Tätigkeit der fortgeschrittenen Bauarbeiterchaft und das Steigen der Entschädigungs beträge scheint hier eine Wirkung erzielt zu haben. Man verlangt schnurbeschäftiglich:

Bei Reparaturen auf Dächern mit Steigung über 1:3 muß entweder das etwa vorhandene Gerüst und zwar dicht unter dem Hauptgesims, in ganzer Breite mit Gerüstbrettern dichtliegend abgedeckt und an der Außenseite mit einer einem Meter hohen, festen Bretterstütze versehen werden; oder, wenn ein solches nicht vorhanden, ist ein anderes Schnügerüst (Auslegerüst unter der Traufe) anzubringen.

Analog so hat die Hannoversche, Rheinisch-Westfälische, Thüringische und Nordostliche Berufsgenossenschaft eine Schnürbestimmung aufgenommen. Als eine Schnürfestigung von Bedeutung ist zu betrachten, wie sie in mehr oder weniger präziser Fassung bei der Thüringischen, Magdeburgischen, Nordostlichen und der Rheinisch-Westfälischen Baubewerbsgenossenschaft vorschriftlich zum Ausdruck kommt:

Bei Rüstungen von 5 m (oder 4 m) Höhe ab muss die nächst tiefer liegende Rüstung als Schnürfestigung mit Brettern vollständig abgedeckt liegen bleiben.

Eine Rüstung im Sinne eines wirtschaftlichen Arbeiterschutzes bieten auch die Bestimmungen über Leitergerüste bei der Thüringischen, Nordostlichen und Magdeburgischen Baubewerbsgenossenschaft. Der Schnüre kommt besonders zum Bau dieser Gerüste und im weiteren dadurch zum Ausdruck, daß durch schräge Leiter im Bereich des Arbeiters ein leichterer Auf- und Abstieg ermöglicht wird. — Angenommen sind durchweg die Vorschriften über Schnüderäder, Schieberäder usw. Über Podeste beim Materialtransport fehlt schließlich jede vorchriftliche Schuhmaßnahme. Die alten nichtstaggernden Bestimmungen über Abbrucharbeiten und über die Einschränkung in der Anwendung der offenen Rollenreuer usw. sind nicht erweitert oder befeitigt. Viele alte, aber wenig wahrer Schnüre. Wer die unsachliche Tätigkeit der Bauarbeiter-Berufsgenossenschaft im Vergleich mit der der industriellen Berufsgenossenschaften kennen lernt will, muß die zwei Bände, die das Reichsverzeichnisamt jetzt unter dem Titel: „Reichsverzeichnis der gewerblichen Berufsgenossenschaften über Unfallverhütung für 1907“ herausgegeben hat, durchsehen. Diese Druckschriften enthalten die Berichte über den technischen Aufsichtsdienst der Betriebsstätten durch Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaften. Musterhaft berichtet hier die Nordostliche Berufsgenossenschaft von den vier preußischen Provinzen ihres Geschäftsbereites — auf zweieinhalbseitige Drucksseite. Die Rückständigkeit der Hochbau-Berufsgenossenschaften tritt hier offen zutage.

Seit Jahren ist es Forderung der Bauarbeiterchaft, daß bei Unfallverhütungsvorschriften, die von Tragweite für die Sicherheit der Gerüste und sonst Unfallverhütungstechnisch wirken sollen, eine Skizze (Zeichnung) beigegeben werden soll. Daselbe ist auch im Zusammenhang bei den Berichten der Berufsgenossenschaften über ihren Aufsichtsdienst zu verlangen. Davor ist wenig oder gar nichts zu finden. Die Magdeburgische Baubewerbsgenossenschaft hat ihren Vorschriften einige kleine Skizzen über die Neuordnung bei Leitergerüsten und die Thüringische Bauarbeiter-Berufsgenossenschaft über eine neue Schuhseinrichtung bei Hobelmaschinen beigegeben; das ist alles. Wenn man so Blatt für Blatt die Berichte der industriellen Berufsgenossenschaften mit ihren eingehenden Abhandlungen, die durch zahlreiche Zeichnungen unterlegt werden, durchgeht, tritt der Kontrast schärfer hervor. Bei den Baubewerbsgenossenschaften herrscht der engerzige Geist des Historismus mit seinen vorherrschen Herrenbegriffen, daher die ganze Rückständigkeit des Arbeiterschutzes im Baugewerbe. Aber hierbei übertrifft an Rückständigkeit die „Nordostliche“ alle ihre Bruderorganisationen. Einem klassischen Beweis hierfür bieten die Unfallverhütungsvorschriften von 1909.

Als bekannt kann angenommen werden, daß die Arbeiter und alle Unfallverhütungstechniker den unverkürzten Anhang der berufsgenossenschaftlichen Schuhvorschriften verlangen; das heißt: daß der Teil A für Betriebsinhaber, Betriebsbeamte usw. mit dem Teil B für Arbeiter bei der Betriebsstätte zum Anhang gebracht werden soll. Um so mehr ist diese Forderung berechtigt, weil in dem Teil A die eigenlichen technischen Schuhmaßnahmen wiedergegeben sind, die von dem Unternehmer usw. zur Durchführung kommen sollen. Auch das Reichsversicherungsamt hat sich in dem Kundschreiben vom 30. Oktober 1900 dem angeklagten; hier heißt es u. a.:

Für die bereits geltenden Unfallverhütungsvorschriften ist sodann die Bestimmung im § 112, Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 maßgebend, wonach in den Unfallverhütungsvorschriften anzugeben ist, in welcher Art diese Vorschriften zur Kenntnis der Versicherten zu bringen sind. Diese Bestimmung ist so anzufassen, daß alle, auch die für die Arbeitgeber geltenden Vorschriften, den Arbeitern mitgeteilt werden müssen. Da eine große Zahl der bestehenden Unfallverhütungsvorschriften nur die Bekanntgabe der Vorschriften für Arbeiter an die vorsticht, so würde die betreffende Ausführungsbestimmung entsprechend zu ergänzen sein.

Das stimmt die Herren von der Nordostlichen weiter nicht. Wie die Unfallverhütung beim Bau zur Kenntnis oder zur Geltung kommen soll, darüber wird wie folgt derichtet:

Die Unfallverhütungsvorschriften für die Arbeiter müssen auf jeder Betriebsstätte, d. h. auf Neu- und Altanlagen, Werkstätten, Werkplätzen und Bahnhäusern, an einer hierfür geeigneten den Arbeitern leicht zugänglichen Stelle in Plakatform ausgehängt werden.

So, nun hat die Nordostliche Baumwollwerke-Berufsgenossenschaft ihre Unfallverhütungsvorschriften revidiert! — Was brauchen die Arbeiter zu wissen, was die „Herren“ für die Erhaltung von Leben und Gesundheit ihrer Bauernsleben zu tun haben. Über hierzu erläutern wir uns einige Fragen: Sind denn bei diesen offenkundigen Höhe auf den bauernsgenossenschaftlichen Arbeiterschuh die Auflösungsanträge nicht in der Lage, hier einzutreten und dieses Prokletum in seine Schranken zurückzuweisen? — Und warum hat das Reichsversicherungsamt diesen „Unfallverhütungsvorschriften“ keine Genehmigung gegeben?

Das freche Junkerpack.

Um unseren Lesern ein Beispiel zu geben von dem heutigen Zustand und der Gemeinschaft der östlichen Bauer und ihrer Gesellschaft, wollen wir eine Szene aus der Generalversammlung dieser Herren vorführen. Der alte, berühmte Professor Adolf Wagner, eine Leuchte bürgerlicher Wissenschaft, hielt dort eine Rede für die Nachlass- und Erbschaftsteuer, die der Künsterlipp gegen den Stich ging. Diese Leute sind gewohnt, aus der Staatskasse zu fressen und wenn sie bezahlen sollen, jätzen sie laut. Der skandalöse Vorgang spielte sich folgendermaßen ab; wie wollen ihn mit allen Zwischenfällen naturgetreu schildern. Professor Wagner sprach:

„Ich sage ganz leck heraus, die Nachlass- und Erbschaftsteuer halte ich für notwendig, da wir keine besseren direkten Steuern im Deutschen Reich erhalten können. (Lebhafte Widersprüche.) Eine bessere Steuer wäre eine direkte Einkommen- und Vermögenssteuer, aber die können wir aus den bekannten Gründen nicht einführen. In dem Vortrage meines Vorredners habe ich etwas vermischt, er hat immer nur mit den bestehenden indirekten Steuern gerechnet und nicht mit den neuen indirekten Steuern, die kommen sollen. Hätte er das getan, würde er abermals eine starke Belastung der Massen haben konstatieren müssen. Darüber ging er aber hinweg. Er fragte, es wäre eine Frage, dass die indirekten Verbrauchssteuern die Massen belasten. In der Tat aber wird relativ die Masse der Bevölkerung viel schwerer getroffen als die wohlhabenden Klassen. (Lebhafte Widersprüche.) Darüber kann kein Zweifel sein. Die unentbehrlichen und notwendigen Agrarzölle haben auch bei uns im Durchschnitt zur Erhöhung der Preise geführt, und diese Erhöhung macht sich wieder bei den Massen fühlbar. (Widerspruch.) Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass, wenn wir auf das Einkommen des kleinen und mittleren Mannes die indirekten Verbrauchssteuern abrechnen, wir relativ eine viel höhere Summe bekommen, als bei den Wohlhabenden und Reichen. (Stürmisches Widerspruch.) Es ist sehr schwer, genau zu berechnen, wie die Zölle und Verbrauchssteuern wirken. Aber sicher bleibt im großen und ganzen eine Besteuerung der betreffenden Gegenstände übrig. Dazu trägt der kleine Mann im Verhältnis mit seinem Einkommen viel mehr bei. (Lebhafte Widersprüche.) Wie müssen hinzufügen, dass wir uns nicht daran bechränken dürfen, bloß das äußere Einkommen zu berechnen, wir müssen sagen, die Steuer soll sich richten nach dem, was noch Abzug der notwendigen Ausgaben frei bleibt. Was ist es aber, was bei dem kleinen Mann als freies Einkommen übrig bleibt? Es bleibt ihm für bessere materielle oder geistige Genüsse überhaupt nichts übrig. (Stürmisches Widerspruch, Thorste, Kurz: 5 Glas Bier täglich) Wir müssen doch daran denken, dass in Deutschland hunderttausende von Menschen ein Einkommen von unter 1000 M. haben, das steuerfrei bleiben muss. (Kurz: Ungeachteter Weise ist) Es fragt sich, ob es ungerichteter Weise ist. Was bleibt aber nach Abzug der notwendigen Genügsmittel beim kleinen Mann übrig, während die wohlhabenden Kreise ein viel größeres freies Einkommen haben. (Stürmisches Widerspruch.) Die Höhle bleibt den wohlhabenden für Luxuszwecke übrig, während der kleine Mann nichts hat. (Erneuter stürmisches Widerspruch.)

Dieser Gesichtspunkt hat glücklicherweise auch in Regierungskreisen Anerkennung gefunden. (Kurz: Leider, leider!) Die Regierung steht auf dem richtigen Standpunkt und ich bin ein Mann der Theorie und Wissenschaft. (Stürmisches Hohngefächter.) Lachen Sie nicht darüber! Die Theorien, die Sie verfechten, sind auf Ihre eigenen kleinen Ansichten zugeschnitten. (Erneuter stürmisches Widerspruch.) Sie sind nicht zugeschnitten nach dem, was die Wissenschaft will. (Gefächter.) Das ist sicher, dass der Plan der Regierung nicht wieder auf direkte Verbrauchssteuern alles zu legen, ein gerechter und zweckmäßiger Plan ist. Warum wählt man die Erbschafts- und Nachlasssteuer? Weil man sich sagt, dass die Matrikelbeiträge nicht erhöht werden können. Direkte Steuern im Reich können wir sonst nicht einführen, und es bleibt keine andere Steuer übrig. (Kurz: Luxussteuer.) Mit der Luxussteuer werden Sie nichts erreichen, außerdem wird sie nichts einbringen. (Kurz: Wohle, Wohle!) Wenn Sie die Wohle besteuern, werden Sie auch nicht den eigentlichen Besitz als solchen treffen, der getroffen werden soll. (Stürmisches Widerspruch.)

Was gegen die Erbschaftssteuer eingewendet werden soll, halte ich nicht für richtig. Ich habe das seit langen Jahren als Mann der Wissenschaft vertreten. (Lachen.) Ich glaube, die große Mehrheit meiner theoretischen Fachgenossen für mich zu haben. (Stürmisches Hohngefächter.)

Darauf legen Sie keinen Wert, das weiß ich, ich berufe mich aber auf die Praxis. Welche Staaten haben die Erbschaftssteuer eingeführt? England, das die höchste Einkommensteuer hat. (Kurz: Aber es hat keine Vermögenssteuer!) Nun, die Erbschaftssteuern bringen in England allein 400 Millionen. In Frankreich sehen Sie denselben egyptischen Kampf der Besitzenden gegen die Besteuerung des Besitzes. (Stürmisches Thorste.) Vorzugsweise lehnt sich dort die Bourgeoisie dagegen auf. Außerdem hat Frankreich andere Steuern, die kolossal wirken. Und gehen Sie nach Österreich, da haben Sie eine neue Einkommensteuer und außerdem die Erbschaftssteuer. Die hier vorgebrachten Einwendungen führt man auch dort an, trotzdem wurde die Erbschaftssteuer angenommen. (Leider!)

Sie wage zu sagen, dass die Regierungsvorlage das Richtige trifft. Das Erbrecht steht anders da, als das gewöhnliche Privatentgeltrecht. (Widerspruch.) Es ist nicht so ohne weiteres nach der geschichtlichen Entwicklung eine reine Konsequenz, es ist in der Tat eine besondere

Schöpfung der Rechtsbildung, und dieser Rechtsbildung wird der Schuh des Staates erteilt. Man sagt, die Besitzenden und Abkömmlinge sollten nicht besteuert werden. Ich will zugestehen, dass bei Ehegatten die Sache schwierig liegt. (Schlußrede.) Bei Besitzenden kann nur über zugestanden werden, dass auch die Kinder vom Erbe etwas zahlen müssen. (Lebhafte Widersprüche.) Wenn das vollends ein solches Minimum ausmacht, wie jetzt die Regierung will, dann fallen auch die praktischen Einwände fort. (Widerspruch.) Es wurde nicht erwähnt, dass die Nachlasssteuer erst von 20.000 Mark an erhoben wird, dass der größte Teil des bürgerlichen Kleinbesitzes steuerfrei bleibt und dass bei 20.000 Mark 100 Mark gezahlt werden sollen und in ein paar Monaten. Da kann man doch nicht sagen, dass der Familienzum gehör wird, dass der Sohn nun nicht mehr erben will. Das sind Phrasen, mit denen man alles widerlegen könnte. (Widerspruch.) Man sagte, die Nachlasssteuer widerstrebe dem deutschen Gemüt; nennen Sie mir eine Steuer, welche nicht dem deutschen Gemüt widerstrebt. (Vereinzeltes Sehr richtig und stürmisches Widerspruch.) Wir brauchen Geld (Schlußrede); wegen dieser Bagatelle dürfen Sie die Finanzreform nicht gefährden. Die Möglichkeit der Erhöhung der Nachlasssteuer ist ja da, aber die besteht auch bei der Einkommensteuer. Bei der Nachlasssteuer wurden auch wesentliche Konzessionen an die Landwirtschaft gemacht; dadurch werden die Einwände noch kleiner. Ich hoffe, dass die Regierung festbleibt. (Kurz: Damit wird sie kein Glück haben!) Dann sage ich Ihnen, dass Sie glücklicherweise die Entscheidung nicht allein zu treffen haben, da reden andere mit. (Stürmisches Widerspruch.)

Man sagte, dass mobile Kapital wird sich drücken. Nun, da haben wir die Kontrolle durch die Einkommensteuer. (Widerspruch.) Man sollte außerdem die Steuerhinterziehung nicht nur mit Geld, sondern auch mit Gefängnis bestrafen. (Sehr richtig!) Wenn der kleine Mann immer sagt: Ihr besteuert mein Salz, mein Bier, meinen Brauntwein, das bisschen Kaffee und Zucker, alles, was ich genieße, und wenn ihr nun auch einmal etwas beziehen sollt, dann erklärt ihr ein rundes Meilen, was soll ich ihm da erwideren? (Stürmisches Gefächter.) Es ist kein Ruhm für das preußische Herrnhaus, dass es seinerzeit bei der Miquelschen Steuerreform vier Prozent Einkommensteuer von 100.000 Mark ablehnte. Da könnten die kleinen Leute sagen: Das tut ihr in Konsequenz eures Patriotismus. (Große Unruhe.) Sobald ihr ernstlich zahlen sollt, kommt ihr mit Einwendungen. So kann es nicht weitergehen. Ich habe meinen Standpunkt vertreten; wenn Sie darauf nicht mehr Wert legen, als Sie sonst zu unterspielen bei einem Mann der Wissenschaft. . . (Große Unruhe, in der die nachfolgenden Worte des Redners verloren gehen.) Aber ich habe meine Pflicht getan, ich stehe hier und kann nicht anders. Ich halte die Nachlasssteuer für gut und richtig. Wir brauchen die direkte Steuern für die wohlhabenden Klassen. (Erneutes Schlußrede.) Wenn wir die Finanzreform wollen, die politisch und sozial richtig durchgeführt ist, dann können wir von einer direkten Besitzsteuer nicht abschauen. Deshalb möchte ich Sie bitten, die Nachlass- und Erbschaftssteuer nicht unbedingt abzulehnen. Sie haben keine andere Steuer. (Stürmisches Thorste; Kurz: Verbrauchssteuern.) Sie können nicht von neuem alles auf die Verbrauchssteuern abwälzen. Direkte Steuern müssen geschaffen werden, deshalb hoffe und wünsche ich, dass die Nachlass- und Erbschaftssteuer eingeführt werden. (Stürmisches Widerspruch, Bösch, vereinzelter Beifall.)

Wir haben diesem reizenden Bilde agrarischer Freigiefe weiter nichts hinzuzusehen.

Lohnbewegung.

3. Bezirk.

Osberg (Groß). Nachdem unsere Kollegen im Oktober v. J. den bisherigen Lohntarif gekündigt hatten, wurden sie von der Innung aufgefordert, die etwaigen Lohnforderungen einzureichen. In der darauf abgehaltenen Sitzung erklärte die Lohnkommission der Innung, dass sie sich in keinerlei Verhandlung einlasse, wohl sei sie bereit, pro Jahr einen Pfennig Lohnerschöpfung bei ihren Mandatgebern zu vertreten. Dieses Angebot bezeichnete dann die Innungssversammlung als das Alleräuerste und wurde die Gehilfenchaft aufgefordert, sich bis zum 15. Dezember zu entscheiden, andernfalls sollte am 1. Januar die Aussperrung erfolgen. Die Meister haben es von vornherein abgelehnt, die Organisation als Vertragskontrahent anzuerkennen, verlangt nunmehr aber die Unterzeichnung des von der Innung dictierten Vertrages. Weil die Gehilfenchaft für sich das Mitbestimmungsrecht geltend macht, hat die Innung sämtliche organisierten Gehilfen gekündigt, um angeblich die Kasse des Verbandes zu sprengen. Während die größeren Firmen es gerne seien würden, dass es zu ernsten Verhandlungen kommt, leken gerade die Meister, die niemals Gehilfen beschäftigen, alles daran, dass die Aussperrung vor sich geht. Aufführung nach Osbergburg ist deshalb streng fernzuhalten.

Aus unserem Berufe.

Hannover. Berufsunfälle. Am 23. Januar verunglückte in der hiesigen Waggonfabrik der Lackierer Heinrich Brennecke dadurch, dass er zwischen die Buffer zweier Güterwagen geriet und schwere innere Verletzungen erhielt, sodass der Bergungsfürde bewusstlos in das Krankenhaus überführt werden musste.

Am 25. Februar stürzten die Malerhelfer Emil Buchhage und Heinrich Wenzel vom Gerüst und erhielten schwere, zum Teil innere Verletzungen. Beide Kollegen mussten bewusstlos nach dem Krankenhaus gebracht werden. In allen drei Fällen handelt es sich um treue Mitglieder unseres Verbandes.

Submissionsblätter. Eine der modernsten Submissionsblätter lieferten die Danziger Malermeister bei der am Sonnabend den 27. Februar stattgefundenen öffentlichen Vergabe der Malerarbeiten vom Neubau des städtischen Krankenhauses. Es handelte sich bei dieser Vergabe keineswegs um außergewöhnliche Arbeiten. Bei der Vergabe, die in zwei Losen erfolgte, waren 11.000 qm

Fensterscheiben, die einmal vor und einmal nach der Verglasung mit Oelfarbe gestrichen, und 4500 qm Dachüberstände, die dreimal mit Oelfarbe gestrichen und stellenweise mit Schablonenmalerei verziert werden sollten, vorgesehen. Zu den Bedingungen war ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei der Preisberechnung die hygienischen und baupolizeilichen Vorschriften betreffend Arbeiterschutz usw. in Betracht zu ziehen seien. Von den 18 Submittenten, die sich an der Vergabe beteiligten, war der niedrigfördernde Malermeister Steinhold, Los I mit 4190 M., Los II mit 3200 M.; der Höchstfördernde die Malermeister Blödern und Bünke, Los I mit 13.223 M., Los II mit 10.123 M. Es ergibt sich also eine Differenz zwischen Mindest- und Höchstförderung von 15.936 M.

Hier kann man sagen: „Heiliger Lukas, sieh dir dies Volk an, das unser Gewerbe so vollständig auf den Hund gebracht hat, dass es bei der Berechnung der Mindestleistung“ schon den Quast als Normalmaß des Oelfarbepinsels als selbstverständliche Forderung hält.“

Hoffentlich wird hier der Magistrat bei Vergabe dieser Arbeiten sich nicht an den Mindestfördernden halten, denn dass bei solchen Preisen von einem genügenden Arbeiterschutz, genügender Entlohnung der Arbeiter und sauberer reeller Arbeit keine Rede sein kann, ist selbstverständlich.

Das Gesamtergebnis der Submission ist folgendes:

Name des Malermeisters	Los I	Los II	zusammen
1. Steinhold	4190	3200	7390
2. Ehler	4925	3745	8670
3. Stabreit	5465	4155	9618
4. Wilba	5570	4205	9775
5. Männchen	5996	4595	10591
6. C. Mielle	6525	4965	11490
7. Salewski	6620	4995	11615
8. Gelsz	6624	5234	11858
9. Helmke	6695	4280	10975
10. Zolektis	7345	5672	13017
11. Danneberg	7889	5019	13808
12. Niedmann	8145	6145	14290
13. H. Mielle	8425	6520	14945
14. Thiemke	8725	6585	15310
15. Hoy	9005	6805	15810
16. b. Brzczinski	9782	7302	17084
17. Witting	9995	7480	17475
18. Blödern u. Bünke	13223	10123	23346

Arbeitslosenstatistik für Monat Januar vom 7. Bezirk.

Befragten	Arbeitslos	Frauen	Arbeitslos	Frauen	Durchschnitt	Arbeitslos	Frauen	Durchschnitt	
					M				M
Augsburg .	96	17	9	261	34	295	8,2	15,3	11,8
Bamberg .	34	28	3	545	75	620	18,2	23,7	25
Bayreuth .	35	31	3	721	75	796	22,8	23,2	25
Hof . . .	17	15	2	306	17	323	19	20,4	8,5
Ingolstadt .	16	15	—	331	—	331	20,7	22	—
München (alter)	591	373	55	7526	886	8412	14,2	20,2	16,1
München (neuer)	108	24	12	380	168	548	5	15,8	14
Nürnberg (alter)	402	205	51	3795	904	4699	11,6	18,5	17,7
Nürnberg (neuer)	196	16	5	317	74	391	2	19,8	4,6
Passau . . .	17	9	—	172	—	172	10,1	19,1	—
Regensburg .	82	54	6	1156	75	1231	15	21,4	12,5
Meißenhall .	97	20	4	444	100	544	20	22,2	12,5
Schwabach .	88	17	1	425	25	450	11,9	25	12,5
Würzburg .	312	230	33	1648	519	5167	16,5	20	15,7
	1911	1049	178	21027	2392	23979	12,5	20	16,6
				</					

ein beträchtlicher Teil unserer Mitglieder genügt, nach anderen Orten abzureisen und besonders in kleinen Landorten Arbeit zu suchen. Bei dieser Abwanderung war veranschaulichen, daß ein Teil der Mitglieder die Fühlung mit der Organisation verlieren werde. Die Zahl der ausländischen Kollegen betrug im Jahre 1907 insgesamt 2803, im Jahre 1908 nur noch 1970; im Durchschnitt der beiden Jahre stand die Zahl der Abgireisten um 54 Proz. höher als die Zahl der Zugereisten. Dabei sind nicht mitgerechnet diejenigen Mitglieder, die es mit ihren Meldepflichten nicht sehr genau nehmen. Ein beträchtlicher Teil der Abgireisten blieb trotz der den Zusammensetzung widerstehenden "Landstucht" immerhin der Organisation treu; es geht dies schon aus der Tatsache hervor, daß außer den 25 Filialen und 55 Zahlstellen am Jahresende 1908 noch weitere 101 Orte gezählt wurden, in denen sich Mitglieder befinden. Die Zahl der Orte, auf die sich die Mitglieder verteilen, beträgt 181.

Diese verschärftete Fluktuation im Mitgliederbestand hat in nachteiliger Weise auch durch einen häufigen Wechsel der Verwaltungsmitglieder sich bemerkbar gemacht. Nicht allein in den Zahlstellen und kleinen Filialen trat ein Mangel an geeigneten Persönlichkeiten für die Leitung ein, selbst in größeren Orten wurde es schwierig, angehört der Maßregelungen der täglichen Kollegen die für die Verwaltungsarbeiten notwendigen Kräfte zu finden. Dies ist der wundste Punkt bei der Organisationsarbeit im sechsten Bezirk. Es entsprach denn auch einem dringenden Bedürfnis, als eine Konferenz in Offenburg für Baden und Elsass-Lothringen zu dem Beschlusse kam, zunächst in den beiden Städten Karlsruhe und Straßburg die Anstellung von Kollegen zu empfehlen. Ist auch in den beiden Städten in diesem einen Jahre noch kein in die Augen springender Erfolg zu verzeichnen, so ist dies in der Hauptsache eben der außerordentlich schlechten Geschäftslage zuzuschreiben; eine Besserung derselben wird sicher auch den auf Grund der Anstellungen erwarteten Fortschritt bringen, wenn man nicht darin schon einen Fortschritt erblicken will, daß trotz der großen Schwierigkeiten der Mitgliederbestand festgehalten und eine Besserung in der Finanzlage geschaffen werden könnte. Das Bestreben der Agitationskommission, den für eine lebensfähige Filiale allzu kleinen Orten durch Anschluß an größere Filialen einen festen Rückhalt zu schaffen, wurde durch die Anstellung von Geschäftsführern in den beiden Städten, aber auch anderwärts, wirksam gefördert. Es zählen zu Straßburg 4 Zahlstellen, zu Karlsruhe 14, zu Stuttgart 19 und zu Mannheim 13 Zahlstellen. Weiter haben Freiburg 6 und Neustadt 2 Zahlstellen; in Würtemberg sind mit Ausnahme der Filiale Heilbronn seit dem 1. Januar 1909 sämtliche Orte an Stuttgart angegliedert und es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis das gesamte Land zu einer Filiale vereinigt ist. Desgleichen wird auch ein Zusammenschluß der vielen kleinen Orte im Freiburger Gebiet mit der Weiterentwicklung des Tarifwesens zu einer Notwendigkeit, da von all den Duhenden Orten erfahrungsgemäß keiner für sich allein vorwärts kommen kann.

Hatten wir im Jahre 1907, nach vollbezahlten Beiträgen berechnet, noch eine Mitgliederzunahme von 203 zu verzeichnen, so hat die Preisentwicklung im Berichtsjahr die Beitragsleistung noch weiter beeinflußt; der Rückgang ist jedoch zum Teil durch den früheren Abrechnungszeitpunkt, zum Teil auch durch die hohe Zahl von Beitragsstundungen infolge von Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Bleibt in den Vorjahren die nach Beiträgen berechnete hinter der eigentlichen Mitgliederzahl zurück, so ist im vergangenen Jahre hierin das Gegenteil zu verzeichnen: es haben 2466 Mitglieder 52 Wochenbeiträge entrichtet. Nach Sommerbeiträgen berechnet, würden sich 2442 Mitglieder ergeben, nach Winterbeiträgen 2517. Die geringere Leistung an Sommerbeiträgen dürfte auf die starke Abreise der Mitglieder während der Aussperrung zurückzuführen sein.

Filialen	um 31.12. 1907	1. Quartal 1908		2. Quartal 1908		3. Quartal 1908	4. Quartal 1908		Jahresdurchschnitt 1908		Zurückkehren 1908																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																					
18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110	111	112	113	114	115	116	117	118	119	120	121	122	123	124	125	126	127	128	129	130	131	132	133	134	135	136	137	138	139	140	141	142	143	144	145	146	147	148	149	150	151	152	153	154	155	156	157	158	159	160	161	162	163	164	165	166	167	168	169	170	171	172	173	174	175	176	177	178	179	180	181	182	183	184	185	186	187	188	189	190	191	192	193	194	195	196	197	198	199	200	201	202	203	204	205	206	207	208	209	210	211	212	213	214	215	216	217	218	219	220	221	222	223	224	225	226	227	228	229	230	231	232	233	234	235	236	237	238	239	240	241	242	243	244	245	246	247	248	249	250	251	252	253	254	255	256	257	258	259	260	261	262	263	264	265	266	267	268	269	270	271	272	273	274	275	276	277	278	279	280	281	282	283	284	285	286	287	288	289	290	291	292	293	294	295	296	297	298	299	300	301	302	303	304	305	306	307	308	309	310	311	312	313	314	315	316	317	318	319	320	321	322	323	324	325	326	327	328	329	330	331	332	333	334	335	336	337	338	339	340	341	342	343	344	345	346	347	348	349	350	351	352	353	354	355	356	357	358	359	360	361	362	363	364	365	366	367	368	369	370	371	372	373	374	375	376	377	378	379	380	381	382	383	384	385	386	387	388	389	390	391	392	393	394	395	396	397	398	399	400	401	402	403	404	405	406	407	408	409	410	411	412	413	414	415	416	417	418	419	420	421	422	423	424	425	426	427	428	429	430	431	432	433	434	435	436	437	438	439	440	441	442	443	444	445	446	447	448	449	450	451	452	453	454	455	456	457	458	459	460	461	462	463	464	465	466	467	468	469	470	471	472	473	474	475	476	477	478	479	480	481	482	483	484	485	486	487	488	489	490	491	492	493	494	495	496	497	498	499	500	501	502	503	504	505	506	507	508	509	510	511	512	513	514	515	516	517	518	519	520	521	522	523	524	525	526	527	528	529	530	531	532	533	534	535	536	537	538	539	540	541	542	543	544	545	546	547	548	549	550	551	552	553	554	555	556	557	558	559	560	561	562	563	564	565	566	567	568	569	570	571	572	573	574	575	576	577	578	579	580	581	582	583	584	585	586	587	588	589	590	591	592	593	594	595	596	597	598	599	600	601	602	603	604	605	606	607	608	609	610	611	612	613	614	615	616	617	618	619	620	621	622	623	624	625	626	627	628	629	630	631	632	633	634	635	636	637	638	639	640	641	642	643	644	645	646	647	648	649	650	651	652	653	654	655	656	657	658	659	660	661	662	663	664	665	666	667	668	669	660	661	662	663	664	665	666	667	668	669	670	671	672	673	674	675	676	677	678	679	680	681	682	683	684	685	686	687	688	689	690	691	692	693	694	695	696	697	698	699	700	701	702	703	704	705	706	707	708	709	710	711	712	713	714	715	716	717	718	719	720	721	722	723	724	725	726	727	728	729	720	721	722	723	724	725	726	727	728	729	730	731	732	733	734	735	736	737	738	739	730	731	732	733	734	735	736	737	738	739	740	741	742	743	744	745	746	747	748	749	740	741	742	743	744	745	746	747	748	749	750	751	752	753	754	755	756	757	758	759	750	751	752	753	754	755	756	757	758	759	760	761	762	763	764	765	766	767	

lungen haben stattgefunden: 23 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen. Das Filialvermögen ist von 548.73 Mark auf 1283.09 M gestiegen. Die Frequenz des Arbeitsnachweises war keine zufriedenstellende. Die Kollegen müssen es sich für die Zukunft zur Pflicht machen, zunächst den eigenen Arbeitsnachweis zu benutzen, ehe sie sich anderweitig um Arbeit bemühen. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist für den hiesigen Ort im laufenden Jahr noch keineswegs zu erwarten. Die Wersten erhalten nur ungenügende Aufträge und das Baugewerbe verhält sich zurückhaltend. Die Zahl der Neubauten bleibt weit hinter der früheren Jahre zurück. Die Folgen der Krise wären noch weit mehr in die Erscheinung getreten, wenn die bei den Meistern beschäftigten Kollegen nicht durch den mit Anfang des Jahres in Kraft getretenen Lohntarif vor Lohnreduzierungen geführt gewesen wären. Allerdings machten die Arbeitgeber alle möglichen Anstrengungen, um den Tarif außer Kraft zu setzen, doch waren die für ihr Vorzeichen angeführten Gründe so wenig stichhaltig, daß sie selbst auf ihrem Gantag mit ihrem Antrag auf Auflösung des Tarifs keinen Anfang fanden. Leider muß zugestanden werden, daß die Kollegen ein gut Teil Schuld daran tragen, daß die Meister mit derartigen Plänen umgehen konnten, denn vielfach fehlt den Kollegen die nötige Energie, das zu fordern, was sie zu beanspruchen haben. Außerdem sind am Platze noch große Anzahl unorganisierter Kollegen, die durch ihr bloßes Vorhandensein allein schon für den Tarif eine Gefahr bilden. Diese Art von Kollegen, die andere für sich kämpfen lassen, denen die Organisation durch den Tarif wirtschaftliche und soziale Vorteile erringen hat, sie fühlen noch immer nicht die Verpflichtung in sich, als Aequivalent die Organisation zu stärken. Nehmen, wo man nichts geleistet hat, das ist so recht die Art dieser Schmarotzer am Markt der Arbeiterschaft. Dasselbe Bild bietet sich auch am Norddeutschen Platz dar. Auch hier stehen diese Aukolllegen mit schmunzelnder Miene die Vorteile der Arbeitszeitverkürzung, der Besserbezahlung der Sonntagsarbeit, sowie acht tägigen Lohnzahlung ein, ohne zu bedenken, welch schwere Opfer die organisierte Arbeiterschaft für diese Errungenheiten gebracht hat. Es hält schwer, zu unterscheiden, ob Blindheit oder der niedere Egoismus diese Lente hindert, einzusehen, daß sie durch ihren Indifferenzmus sich selbst schädigen. Darunter sind Kollegen, die sich als politisch organisierte, aufgelierte „Genossen“ aufzuzeigen. Diese Kollegen mögen es sich gesagt sein lassen, daß ein derartiges Verhalten einem indirekten Streikbruch gleichzutun ist. Mit Ende dieses Jahres läuft der gegenwärtige Lohntarif ab und es ist nach allen Vorgängen, die sich abgespielt haben, anzunehmen, daß die Meister, dem Druck der „Bauhöfen“ nachgebend, versuchen werden, die Arbeitszeit wieder auf 10 Stunden zu erhöhen. Es muß schon jetzt dafür Sorge getragen werden, daß ein derartiger Versuch an der geschlossenen, kompakten Masse der Kollegen scheitern wird. Es gilt also im laufenden Jahre noch ein weites Arbeitsfeld zu beobachten. Es müssen durch eine energische, anhaltende Agitation die uns noch fernstehenden Kollegen der Organisation aufgeführt werden. Hierbei tatkräftig mitzuarbeiten, ist Pflicht eines jeden organisierten Kollegen.

Blankensee. (Situationsbericht.) In dem Mitgliederstand der Zahlstelle sind im vergangenen Jahre keine wesentlichen Verschiebungen vorgenommen. Es waren am Anfang 55 und am Ende des Jahres 56 Mitglieder vorhanden. Einnahme hatte die Zahlstelle 1400.10 M, der eine Ausgabe von 343.28 M gegenüberstand. Wir konnten demzufolge 1056.82 M an die Filiale Hamburg abliefern. Neu aufgenommen haben wir im Laufe des Jahres 17 Kollegen. Krankenunterstützung sind 115.50 M verausgabt worden. Mitgliederversammlungen haben 12 stattgefunden, davon 3 mit Referaten. Zur Maifeier wurde beschlossen, den Tag durch Arbeitsruhe zu feiern. Der Beschluss wurde von sämtlichen Kollegen befürwortet. Sehr erfreulich ist, daß fast alle ortswesenden Kollegen Mitglieder unseres Verbandes sind, wie hatten demzufolge auch mit Ungehörigkeiten, wie z. B. Tarifbruch oder dergleichen, nicht zu kämpfen. Die Durchführung der Bleiweißverordnung läßt allerdings noch vieles zu wünschen übrig. Von dem Bleiweißblatt hört man nichts mehr. Seife, Waschgeschirr und Handtuch wird nur vereinzelt geliefert. Von einer behördlichen Kontrolle der Betriebsstätten ist uns auch nichts bekannt geworden. Auf diesem Gebiete ist noch vieles zu verbessern. Es wäre eine Kleinigkeit, auf den Arbeitsstellen geordnete, den Bundesratsvorchriften entsprechende Bestände herbeizuführen, wenn viele Kollegen nicht so furchtbar gleichgültig der Sache gegenüberstehen. In die Versammlungen, wo solche Münzstände befürchten werden sollten, kommen manche Kollegen leider das ganze Jahr nicht, sie sind anscheinend in dem Glauben gefangen, mit der Beitragszahlung ihre Pflicht der Organisation gegenüber ganz getan zu haben. Kollegen! Das muß in diesem Jahre besser werden. Wollen wir aktionsfähig bleiben, dann müssen vor allem die Versammlungen von jedem Kollegen regelmäßig besucht werden. Bedenken wir, daß in diesem Jahre unser Tarif abläuft. Alle hiesigen Arbeitgeber gehören dem Arbeitgeberverband an. Deshalb sei auf dem Posten, dann sind wir gerüstet. — Wegen Nichtbezahlung verdienten Arbeitslohnes ist über die Werkstätte L. Bielert in Blankensee die Sperre verhängt.

Büdelscheid. (Viertes Bericht.) Das Jahr 1908 brachte unserer Filiale einen erfreulichen Aufschwung. Mit Anfang des Jahres wurde die Agitation in unserem Ort betrieben und sie war auch vom guten Erfolg, sodass im 1. Quartal 88, im 2. 10, im 3. 8 und im 4. 3 Aufnahmen zu verzeichnen waren. Die schlechte Konjunktur trug dazu bei, daß der Erfolg ein nicht noch besserer war. Hatten wir doch in diesem Jahre durchschnittlich 50–60 hier am Ort beschäftigte Kollegen, während in früheren Jahren zirka die doppelte Anzahl beschäftigt wurde. Wir hatten sogar in der Saison Arbeitslose zu verzeichnen, was in früheren Jahren nie, oder nur selten der Fall war. Ein geregeltes Arbeitsverhältnis gab es bisher in Büdelscheid noch nicht, deshalb wurde dem Arbeitgeberverband von Büdelscheid und Umgegend ein Lohntarif unterbreitet, der auch im April 1908 zum Abschluß gelangte. In dem Tarif wurde u. a. der Stundenlohn um durchschnittlich 4 % erhöht. Im großen und ganzen können wir mit den Fortschritten zu-

frieden sein, aber es gibt noch viel Arbeit, bis die Organisation hier am Orte das ist, was sie sein soll. Bis jetzt stehen wir noch hinter den anderen Organisationen am Orte zurück, aber hoffen wir, daß das kommende Jahr uns noch die letzten indifferenten Kollegen aufklären wird, damit, wenn am 1. April 1910 unser Tarif abläuft, wir gewappnet bestehen. Der Versammlungsbefund im vorigen Jahre ließ viel zu wünschen übrig, es liegt dies hauptsächlich an der Gleichgültigkeit der Kollegen, denn gerade durch Versammlungsbefund werden die Mitglieder geschult und dann kommt es nicht mehr vor, daß bei einer Lohnbewegung so viele unserer Kollegen der Organisation den Rücken kehren.

Straßburg i. C. (Situationsbericht.) Wenn es auch keine außergewöhnlich großen Fortschritte sind, auf die die hiesige Filiale im Jahre 1908 zurückblicken kann, so kann doch immerhin konstatiert werden, daß Anzeichen zu ihrer Hebung eingetreten sind. Der Mitgliederstand im 4. Quartal 1908 weist, nach den verkauften Beitragsmarken verrechnet, gegenüber dem gleichen Quartal im Vorjahr ein Mehr von 41 Mitgliedern auf. Dieser Erfolg ist umso höher anzuschlagen, weil wir seit Ende des dritten Quartals 1908 in einer außergewöhnlich schlechten Geschäftskonjunktur stehen. Einige unliebsame Vorkommnisse innerhalb der Verwaltung im Jahre 1907 erschwerten die Agitation ungemein und verursachten mit, daß im 3. Quartal des gleichen Jahres die Mitgliederzahl von 284 auf 196, und im nächstfolgenden 4. Quartal sogar auf 141 retour ging. Derjenige Teil der Mitglieder, dem es an Überzeugungstreue fehlte, glaubte nach Beendigung des Lohnkampfes, der sich im 2. Quartal 1907 abspielte, den Grund gefunden zu haben, der Organisation den Rücken zu kehren. — „Der Lohnkampf ist beendet, wir haben unsern Lohn, was branchen wir noch weiter den Verband“, sagten sich im Stillen diese Aukolllegen und bemühten die erwähnten Vorkommnisse, um ihr unorganisches Verhalten zu rechtfertigen. Wenn es auch ein leichtes war, das Unrecht dieser Handlungsweise in der Offenheit zu brandmarken, so stellten sich doch bei der Agitation nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten heraus, die bis heute noch nicht vollständig überwunden sind.

Erst im 2. Quartal 1908 erholte sich allmählich der Mitgliederstand wieder und stieg auf 186, im nächstfolgenden 3. Quartal auf 199. Er ging dann begreiflicher Weise infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise im vierten Quartal auf 182 retour, was wie oben angeführt gegenüber dem gleichen Quartal im Vorjahr immer noch ein Mehr von 41 bedeutet. Die schlechte Geschäftskonjunktur und verringerte Arbeitsgelegenheit wird auch hier von den Arbeitgebern weidlich dazu ausgenutzt, die Gehülfen zu drangsaliert und je nach Möglichkeit die Bestimmungen des Lohntarifs zu ignorieren. Der § 4 derselben, wonach Altkararbeit möglichst, besonders aber im Winter zu betreiben ist, findet bei den Arbeitgebern nicht die geringste Beachtung. Trotz der großen Arbeitslosigkeit werden Arbeiten gegen Altkarwohn ausgeführt, nicht etwa weil technische Gründe hierfür maßgebend, sondern nur allein deshalb, weil bei den üblich geringen Altkarpreisen die Arbeitskraft des einzelnen bis aufs äußerste angepannt wird, was dem Arbeitgeber einen bedenkenden Profit abwirft. So sind bei den beiden hiesigen größeren Firmen Griesbach u. Grohmann sowie Hummel u. Paul folgende Altkarpreise maßgebend: Fassaden, 2 maliger Oelfarbenanstrich per Quadratmeter 17 Pfg., 2 maliger Kalkfarbenanstrich mit Abwaschen der Steine 10 Pfg. pro Quadratmeter. Für innere Arbeiten werden pro Quadratmeter vergütet: Kalkfarbenanstrich in fertiger Arbeit mit Abwaschlinien 4 Pfg., Leinfarbenanstrich 4 Pfg.; 2 maliger Oelfarbenanstrich auf Decken und Wände 18 Pfg., 2 maliger Oelfarbenanstrich und einmal mit Vitralin oder Wöhrnweis 30 Pfg. 2 maliger Oelfarbenanstrich auf Schreinerarbeiten 18 Pfg. Deilen, lohieren und lackieren 20 Pfg. Will bei diesen Altkarpreisen ein Kollege den Minimallohn für ältere Arbeiter, der 48 Pfg. pro Stunde beträgt, verdienen, so gilt als selbstverständlich, daß die Qualität der auszuführenden Arbeit ganz erheblich zu kurz kommt. Die Arbeitgeber, die angeben, die Hebung des Handwerks zu fördern, tragen dadurch zum Stein desselben bei. Leider steht diesen Ausbeutungspraktiken der Unternehmer ein großer Teil unserer Kollegen teilnahmslos gegenüber. Sie wollen es nicht verstehen, wenn auch der einzelne hier oder dort durch diese Altkararbeit einen kleinen Mehrverdienst erzielt, die Allgemeinheit durch dieses wilde Altkarshitem auf alle Fälle geschädigt wird. Nichts als Uneinigkeit ist bisher hierdurch in die Reihen unserer Kollegen hineingetragen worden, woran allerdings die Herren Arbeitgeber, aber nicht wir ein Interesse haben können. Eine Unmenge von Arbeiten wird durch dieses Altkarshitem bei äußerster Ausnutzung der Arbeitskraft in verhältnismäßig kurzer Zeit zusammengetragen, an dessen Stelle für einen großen Teil Kollegen frischetta Arbeitslosigkeit eintritt. Die hiesige Kollegenchaft hat alle Ursache, danach zu streben, daß beim nächsten Tarifabschluß dieser Missstand beseitigt wird, was sich nur durch weiteren Ausbau der Organisation ermöglichen läßt.

Der Versammlungsbefund läßt im allgemeinen sehr zu wünschen übrig. Alle möglichen angewandten Mittel, ihn zu fördern, brachten uns keinen Schritt vorwärts. Im Laufe des Jahres 1908 fanden statt 10 Mitglieder-, 2 öffentliche und 5 Bezirkversammlungen. Außerdem 21 Vorstands- und 7 Werkstätten-Vertrauensmänner-Sitzungen. Zur Heranziehung neuer Mitglieder wurden die Kollegen in 16 Werkstätten 42 mal zur Werkstätten-Versammlung eingeladen, leider wurde hiermit nicht der gewünschte Erfolg erzielt. Trotzdem den Kollegen in den meisten Fällen die Einladung per Post zugesandt wurde, waren diese Versammlungen, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, durchweg schlecht besucht. Als die zweitmögliche Agitation kann unter den momentanen Verhältnissen am hiesigen Ort vorläufig nur die Hausagitation bezeichnet werden. Aus diesem Grunde war im vergangenen Jahr die Verwaltung bestrebt, in den Besitz von Namen und Adressen der nicht organisierten Kollegen zu gelangen, wobei, was leider gesagt werden muß, in den meisten Fällen die Werkstätten-Vertrauensmänner in ihrer Tätigkeit versagten. Alle möglichen Quellen müssen aufgesucht werden, um die Namen und Adressen der Nichtorganisierten zu erhalten, um Hausagitation ausführen zu können. Es wäre zu wünschen, wenn in diesem Jahre die Werkstätten-Vertrauensmänner ihre Auf-

gabe besser erfüllten und der Verwaltung die weitgehendste Unterstützung zukommen ließen.

Ein großes Organisationsfeld haben wir am hiesigen Ort noch vor uns. Viele sind es, die uns noch fernstehen, oder richtiger gesagt, uns noch jeder Lohnbewegung den Rücken lehnen und mit nichtssagenden, grundlosen Einwänden ihr unorganisches Verhalten zu rechtfertigen suchen. Um diese Kollegen zu gewinnen, ist einmütiges Zusammearbeiten von Mitgliedern und Verwaltung ohne jede kleinliche Bänkerie notwendiger denn je am Platze.

Waldburg i. Schl. (Situationsbericht.) Schon seit Jahren ringen die Kollegen um geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Über dank ihrer Unentschlossenheit und infolge Mangels an sozialem Verständnis der Innungsmeister ist es zu keinem Tarifabschluß gekommen. In den letzten Jahren war die Konjunktur eine derart schlechte, daß mit Rücksicht auf den schlechten Geschäftsgang die Innung im vorigen Jahre es ablehnte, mit uns in Verhandlungen zu treten. Dazu kam noch, daß unsere Mitkontrahenten, die Kollegen vom Gewerbeverein, „auf höheren Befehl“ es ablehnten, mit uns gemeinsam vorzugehen. Diese glaubten, gestützt auf das Wohlwollen der Meister, im trüben fischen zu können; sie (die H.-D.) fragten bei der Innung höflich an, ob sie geneigt wäre, mit ihnen einen Tarif abzuschließen. Aber es war vergebliche Liebesmüh. Die Meister zeigten sich hier verständiger und lehnten es ab, mit ihnen in Verhandlungen zu treten, mit der Begründung, daß sie allein als Kontrahenten nicht in Frage kämen. In diesem Jahre hat sich die Situation insofern geändert, daß wir nicht, wie bisher, unsere Forderungen durch den Gesellenausschuss erreichten, sondern erst die Verhandlungen der Generalversammlung in Köln abwarten müssen, ebenso den Gang der Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband des Malergewerbes und dem Hauptvorstande unseres Verbandes in bezug auf Abschluss eines Reichstarifes. In dieser abwartenden Stellung dürfen wir die Zeit nicht unbewußt vorübergehen lassen, sondern zu intensiver Bildungsarbeit und reger Agitation benötigen. Nur diesenjenigen Gewerkschaften, die neben den Unterstützungsseinrichtungen das exzessivische Moment im Auge behalten, die in Wirklichkeit Aufklärungsschulen des Volkes sind, schaffen sich eine feste Grundlage, die allen Ansehnungen der Gegner wirtschaftlich widerstehen zu leisten vermag. Die Versammlungen, die bisher der Zummelplatz persönlicher Bänkerien waren, müssen zu wirklichen Bildungsstätten umgewandelt werden, so daß jeder verständige Kollege seine helle Freude daran hat. Die Berufskollegen, die durch die sozialen Verhältnisse der Organisation zugeführt werden, die meistens noch unklar denken, deren Sinn noch zu sehr am Alltäglichen steht, sie müssen aufgeklärt und zu Kampfern erzogen werden, damit sie mit Begeisterung für die Interessen des Verbandes eintreten. Kampfestüchtige Kollegen können wir uns nur erzielen, wenn wir in unseren Versammlungen jedem Gelegenheit geben, sein Wissen zu verbreichern. Die Waffen, die das Wissen den Menschen verleiht, muß jeder Berufskollege führen lernen. Dann wird es auch bei uns hier in Waldburg vorwärts gehen. Unsere Aufgabe ist nun in diesem Jahre, eine rege Agitation zu entfalten und zu organisieren, dann können wir dem großen Kampfe, der uns 1910 bevorsteht, mit Brüder entgegensehen. Da jeder seine Pflicht! Einigkeit macht stark!

Vom Vorsitzenden des Maler- und Tünchermeisterverbandes für Hessen-Nassau, Herrn Ehmer, wird uns geschrieben:

In Nr. 8 Ihres Organs befindet sich ein Artikel „Christliche Gewerkschaftspraxis“, wonach der jetzige Bezirksleiter der christlichen Organisation in Frankfurt die Unternehmer auffordert, um ihnen „tüchtige, zur Zeit arbeitslose Gehülfen“ anzubieten.

Es ist dies absolut irrtümlich und in dem angeführten Falle des Herrn Schmidt-Lauer absolut unwahr. Das Gegenteil ist der Fall. Herr Schmidt-Lauer hat Herrn Abel aufgefordert, ihm Leute zu schicken. Im Interesse der Wahrheit mache ich Sie auf Ihre falsche Meldung aufmerksam und nehme auch an, daß Sie der Wahrheit die Ehre geben, die ihr gebürt.

Ich habe dem Bezirksleiter Abel eine Abschrift dieses Schreibens übermittelt.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Über proletarische Weltanschauung äußerte sich der Pastor Dr. Cordes in Wilhelmsburg bei Hamburg folgendermaßen: „Die moderne Arbeiterschaft, insbesondere das gewerbliche und industrielle Proletariat, ist in Bewegung. Es schlafst nicht, es verharret nicht gedanken- und tatenlos einschlaf im Alter, Überkommenen, meinung, so müsse es ewig bleiben, sondern es ist in Bewegung. In geistiger Beziehung nimmt es Anteil an der Bewegung, die die gesamte Gesellschaft unserer Tage durchzieht; gegen alles bloß Neuerleserte regt sich der Zweifel; der Drang nach mehr Wissen, nach neuen Erkenntnissen, das Suchen nach einer Weltanschauung, die den veränderten Lebensverhältnissen Rechnung trägt, bewegt die Gemüter. In wirtschaftlicher Beziehung drängt die Arbeiterschaft rasch aufwärts nach Verbesserung und Sicherung ihrer ökonomischen Lage. In sozialer und politischer Beziehung arbeitet und kämpft das Proletariat um fortschreitende Anteilnahme an der Gesetzgebung, an der Regierung und Verwaltung des Gesamtvolkes. Seit rund 40 Jahren, seit den Tagen, da Ferdinand Lassalle den „vierten Stand“ aufrief, sich auf sich selbst zu befreien und sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, seitdem sehen wir die Arbeiterbewegung immer größere Kreise ziehen — eine stetig wachsende Flut.“

In drei Strömen verläuft sie; in drei nebeneinanderlaufenden, sich gelegentlich verschlingenden, doch selbständigen Strömen. Die Gewerkschaftsbewegung, die Organisation der Lohnarbeiter nach ihren verschiedenen Gewerben, sucht als geschlossene wirtschaftliche Macht unter eigener Führung mit verschiedenen Mitteln — durch gütliche Unterhandlung oder nötigenfalls durch Streik, durch ihr Unterstützungslassen und den Abschluß corporativer Arbeitsverträge — fortschreitende Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Sicherung und Erhöhung der Erziehung des allgemeinen Lebenshaltung zu erlangen; erhebt die Erziehung des allgemeinen Regiments des Be-

triebsinhabers durch eine konstitutionelle Mitbeteiligung der Arbeiter an der Regelung der Arbeitsverhältnisse. Die von jungen und jünglichen Bewegung, noch im Rückstand und doch unablässig am Werk, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter durch Bevollmächtigung der Waren und Gewöhnung an Barzahlung zu heben; in ihrer Gesamtheit auch eine wirtschaftliche Macht, die auf die Produktion und die Lage der in ihr beschäftigten Arbeiter Einfluss zu gewinnen vermag. Endlich die nach außen hin am meisten hervortretende politische Bewegung, die Organisation zur Partei. In einer Partei, deren Abgeordnete in den gesiegbenden Abgeordneten die Interessen der Lohnarbeiterchaft auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Lebens vertreten sollen; die bei allem — so wenigstens in der sozialistischen Arbeiterbewegung, die uns hier allein angeht — zum Ziel hat: die Erziehung privatkapitalistischer Wirtschaftsformen durch sozialistische, die Überführung des Privat-eigentums in Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, dessen Verwaltung fortschreitend demokratische Anteilnahme des gesamten Volkes erfordert, die als Ideal hat ein bündiges Zusammearbeiten aller — einer für alle, alle für jeden — das Ideal des Sozialismus.

So sehe ich die Arbeiterbewegung: Im Wormatsch. Und nun — wie verbüllt sich grundsätzlich beides zueinander: die Idee einer Arbeiterbewegung, die auf Verbesserung geht und strebt nach dem Sozialismus, eines brüderlichen Zusammensetzens der Menschen, und die Weltanschauung, die Religion, jenes innere Leben im Aufblick zu Gott? Ich meine, sie passen ausgeszeichnet zusammen. Arbeiterbewegung, Massenkampf, kann in einem höhern Lichte stehen, als wenn man sie ansieht als die Bewegung unzähliger Menschenseelen, die nicht nur nach Brot und Lebensgenuss, sondern darüber hinaus, bewußt oder unbewußt, nach Licht und Luft für die Entwicklung ihres Seelenlebens, für die Entwicklung froher, freier Persönlichkeit streben. Und auf der andern Seite: für das Christentum ist es nicht gleichgültig, wie die äußeren Verhältnisse der Menschen sind. Wenn man immer wieder beobachtet, wie leicht zu lange Arbeitszeit mit Überstunden und Sonntagsarbeit nicht nur den Körper, sondern auch den Geist müde macht, sodass er stumpf wird und schließlich nur noch an geistigen Genüssen Freude hat, — wenn man es mit ansehen muss, wie überarbeitete Frauen, ausgemergelt und verbittert ihre Seele fallen lassen in den Staub, — wenn man Verständnis dafür hat, wie leicht schlechte Wohnungsverhältnisse das sittliche Leben schädigen, — wenn man eine Erfahrung darin hat, wie das Bewußtsein einer aussichtslosen Lage, das Gefühl dauernder Abhängigkeit von der Willkür anderer auf das ganze Geistesleben des Menschen niederknäckt wirkt, — wenn man weiß, dass eine wesentliche Reiserung nicht von selbst kommt, auch nicht zu erwarten ist von der Willigkeit der einzelnen Unternehmer, von denen ja jeder einzeln wieder der Konkurrenz ausgesetzt ist, — dann fühlt man: es ist Gottes Wille, dass die Menschen sich entzünden und dass Notwendige, das ihnen nicht von selbst zufällt, sich erringen in dem Kampfe der Organisation. Dann begrüßt man als Christ die Arbeiterbewegung freudig: sie soll Raum und Lust schaffen für die Entwicklung freier Charaktere. Sie soll helfen, die Menschheit eine Stufe höher zu bringen. Christentum und Arbeiterbewegung sind nicht Gegensätze. Wie ich die Dinge sehe, fördern sie einander geradezu. Die Arbeiterbewegung nahm ursprünglich christliche Gedanken in ihr Ziel auf; das Christentum bringt die Arbeiterbewegung als ein Mittel zu seiner Bewirklichung.

Die Agrarier sind vom Stamm "Rimm" und sie schreien, wenn es um Zahlen geht. Der Deutsche Landwirtschaftsrat, die Vertretung des nimmermehr Agrarierstums, legte kürzlich in Berlin und verhandelte auch über die von der Regierung geforderte Nachlasssteuer, die natürlich sehr abfällig beurteilt wurde. Der konservative Landtagsabgeordnete v. Stockhausen begründet die ablehnende Haltung gegenüber der Nachlasssteuer mit den bekannten Argumenten der agrarischen Kreise. U. a. führte er aus: Die Nachlasssteuer ist außerordentlich ausbildungsfähig, sie bedeutet den ersten Schritt zur Verwirklichung des sozialdemokratischen Staatsgedankens. Wer bringt uns dafür, dass nicht bei dem aus der allgemeinen direkten Wahl hervorgegangenen Reichstag einmal die Nichtbesitzenden das Übergewicht gewinnen und defektieren die Besitzenden haben alle Aussagen des Reiches aufzubringen? Die Nachlasssteuer erwidert die Kapitalbildung, schädigt die Einheit der Familie. Die Vorlage nehme zwar auf die Eigenheiten des landwirtschaftlichen Besitzes Rücksicht und belaste diesen vorerst nur in geringem Maße, aber man müsse doch dem Prinzip schon Widerstand entgegensetzen, da man nicht wissen könne, in welcher Weise später einmal diese Steuer weiter ausgestaltet werde.

Prof. Gering-Greifswald erklärte, im Widerspruch zu den großen Mehrheit dieser Versammlung müsse er für die Nachlasssteuer und das Erbrecht des Staates eintreten. Er glaubte wohl über den Verdacht erhaben zu sein, dass er etwa aus Mangel an Interesse für die Landwirtschaft und für den Familienbesitz oder aus Mangel an Würdigung einer bodenständigen Bevölkerung dies tue. Nach seiner Auffassung stehn wichtige Dinge auf dem Spiel. Die Landwirtschaft habe ein Interesse daran, frei von Schlagwörtern den Dingen entgegenzusehen. Der Landwirt selbst habe ein Interesse, dass das Reich aus der Finanznot heraukomme, dass der Arbeiterbedarf herabgedrückt und an einer energischen Schuldentlastung gegangen werde. Dazu müsse aber auch der Besitz herangezogen werden. Die Nachlasssteuer sei feinsinnig grundätzlich zu verwerfen, wenn sie auch ungeschickt begründet sei. Ich vermag in der Nachlasssteuer eine Benachteiligung der landwirtschaftlichen Interessen nicht zu erblicken. Die Steuer bringt allerdings manche Unzuträglichkeiten mit sich, aber der Grundgedanke ist richtig. Einen sozialistischen Grundgedanken habe ich in der Steuer nirgendwo gefunden. Wie weit die Steuer vom Sozialismus entfernt ist, zeigt schon der Umstand, dass sie in fast allen Kulturstaten eingeführt ist, in England, vielen englischen Kolonien, verschiedenen amerikanischen Staaten, einer Reihe schweizerischer Bauernkantone und in anderen Ländern. Die Steuer steht auch nicht im Widerspruch mit den Bestrebungen auf die Entschuldung des ländlichen Besitzes. Nun meinte Herr von Stockhausen, dass die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Vertreter im Reichstage bald weitergehen würden. Das ist eine Hoffnung in Händen haben, glaube ich, dass sie nicht an der

Ausraubung der besitzenden Klassen gebindert werden würden dadurch, dass eine Nachlasssteuer abgelehnt wird. Wenn man den Gedanken durchführt, dass der Besitz zu den Bedürfnissen des Staates mitzusezieren hat, wird der aufreizende Agitation manches genommen werden.

Der nächste Redner ist Reichs- und Landtagsabgeordneter Hammerherr von Schenck-Gommrich: Die Situation ist schwerwiegend und ernst. Es fragt sich nur, ob man bereit ist, aus der Situation herauszukommen. Soll man deswegen die Begegnung gegen das allgemeine Reichstagswahlrecht oppern, etwa das Wahlrecht der Einzelstaaten und die direkten Stimmen dieser aufzugeben? Soll das Vorlemonage der Besitzenden einer Mehrheit der Besitzlosen ausgeliefert werden? Es war ein Fehler von uns, als wir überhaupt der Erbschaftssteuerei zustimmt. Frey. v. Rheinbaben sprach damals vor vier Jahren wirklich zu Recht gehend und meint, dass eine Besteuerung der nächsten Abwandlung gleichbedeutend mit einem Übergang in den sozialistischen Staat sei. Aber heute? Da heißt es einfach: Die Verhältnisse liegen ganz anders. Wir haben jetzt andere Grundsätze! Nun ist es aber Zeit, dass endlich mal eine Linie gefunden wird, wo Halt zu machen ist. Denn wo haben wir sonst Garantien dafür, dass es sich bloß um die Basis für weitere Abschläge handelt, die Reich und Einzelstaaten uns noch weiter auflegen? Wenn Prof. Dr. Sering sagt: Das sind ja Nachfrager, so ist das richtig. Solange aber die Sozialdemokratie diese Macht noch nicht hat, werden wir dafür kämpfen, dass der Besitz nicht an Leute überantwortet wird, die kein Gefühl für die Verantwortung eines Staatsbürgers haben. Nachdem der Redner sich noch gegen das Erbrecht des Staates und die Beurteilungen der Vorlagen aus der reinen Theorie herausgewandt, schließt er mit den Worten: Mir sagt das Gefühl, dass diese ganze Vorlage empfunden wird als ein Stoß ins Herz des gesamten Grundbesitzes. Diesen Stoß abzuwehren, will auch ich zu meinem Teil fähig sein. So ziehe ich denn jetzt in die Kommission des Reichstages.

Ministerialrat Dr. Kühn aus dem Reichsschahamt erklärt, die Regierung sei jeder berechtigten Kritik zugänglich und prüfe die vorgebrachten Bedenken. Hier sei jedoch zu harde Worte gefallen, wenn man behauptet, die Regierung lasse sich von sozialdemokratischen Gesichtspunkten leiten. Die Heranziehung des Besitzes sei doch nur recht und billig.

Man beachte wohl, wie sanft, fast zärtlich der Regierungsmann die agrarischen Schreier tadelnd und zurechtweisend. Aber das wird nichts nützen, denn die Agrarier haben leider ein allzugroßes "Gefühl für die Verantwortung eines Staatsbürgers". Sie wissen wohl, dass der moderne Staat ein Klassenstaat ist und dass ein maßgebender Staatsbürger verpflichtet ist, möglichst viel zu räumen, wo es was zu reihen gibt, aber seine Taschen zu zu halten. Wenn es ans Bezahlen geht.

Der Gegensatz zwischen Kriegervereinen und Gewerkschaften kommt in einem Artikel der Kriegervereinspresse deutlich zum Ausdruck, dem wir folgende Sätze entnehmen: "Das deutsche Kriegervereinswesen ist zu einer großen Volksbewegung geworden, seitdem es in folgerichtiger Auslegung seines vornehmsten Zweckes, der Pflege und Betätigung der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich, der Vaterlandsliebe und des Nationalbewusstseins, sich in offenen Gegensatz zur Sozialdemokratie gestellt hat, weil diese solche Gesinnungen im Volke zerstören will. Die Aufgabe des deutschen Kriegervereinswesens liegt abseits der Tagespolitik, sie liegt darin, dass es in seinen Vereinen monarchischen Sinn und Nationalbewusstsein pflegt, dass es damit das betont, was allen bürgerlichen nationalen Parteien gemeinsam ist, und hierdurch mittelbar die Anhänger dieser Parteien vorbereitet für die Betätigung ihrer bürgerlichen Pflichten im Staatsleben. Die Kanäle, aus denen die Sozialdemokratie schöpft, sind die unter ihrer Leitung stehenden freien Gewerkschaften. Diese sind die Recruitenschulen der Sozialdemokratie; in ihnen werden die Arbeiter, wenn sie noch nicht Sozialdemokraten sind, im sozialistischen Geiste erzogen. Ein Erkenntnis dessen hat ein Teil der deutschen Landes-Kriegerverbände bereits seit Jahren die Zugehörigkeit zu einer der sogenannten freien Gewerkschaften als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einem Kriegervereine erklärt und hat demgemäß gegebenfalls die notwendigen Folgerungen bis zum Ausschluss aus dem Kriegerverein gezogen. Urteile hoher Gerichte, zum Beispiel des Oberlandesgerichtes in Hamm, haben die Rechtmäßigkeit dieser Auffassung bestätigt. Im Jahre 1907 sodann ist die von dem Vertretertag des Kyffhäuser-Bundes, der berufenen Gesamtvertretung des deutschen Kriegervereinswesens, als etablierte Meinung aller deutschen Landes-Kriegerverbände in folgender Erklärung anerkannt worden: "Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören, solange diese sozialdemokratische Organisationen sind oder die sozialdemokratische Partei direkt unterstützen."

Es ist natürlich der reinste Schwindel, wenn die Männer der Kriegervereinsbewegung in hohen Tönen von Vaterlandsliste und Nationalbewusstsein reden; sie verfolgen vielmehr, wie die Kriegervereinspraxis tatsächlich zeigt, den Zweck, die Mitglieder vor den Wagen der Ausbeuter und Bossverderber, der Brotvertererer und Spekulationen zu spannen, und sich selbst dadurch einen Piepgog fürs Propstloch zu ergattern. Wenn es auf wirkliche Vaterlandsliste und wirkliche Nationalbewusstsein ankommt, so findet man diese Jugenden bei den modernen Proletarien, die sich unter großen Opfern bemühen, dass Vaterland wohl ein zu richten, und die den Volksausbeutern das Handwerk zu legen suchen, und die auch redlich bestrebt sind, die deutsche Nation zu Ehren zu bringen, und die für freiheitliche Einrichtungen, gegen Bürokratismus und Reaction, kämpfen. Dadurch unterscheiden sie sich von den Kriegervereinen und darum erscheint eine reinliche Scheidung ganz am Platze. Wir fordern deshalb unsere Kollegen auf: "Staus aus den Kriegervereinen! Ihr packt nicht unter diese Sippe!"

Die Eigenproduktion der Konsumtionsbereitstellungen nimmt eine immer größere Ausdehnung an. Die Konsumgenossenschaften schlagen den richtigen Weg ein, indem sie zunächst die Käufer um sich sammeln und zu einem festen

Stamm von Abnehmern zusammenschließen, und dann dazu übergehen, den Bedarf der Rundschau im eigenen Betriebe herzustellen. Dieser Weg ist erfolgreicher, als die Methode der Produktionsgenossenschaften, die erst produzieren und dann Abnehmer suchen. So geht denn die mit modernem Geiste erfüllte Gewerkschaftsbewegung immer mehr zur Eigenproduktion über. Die Großraumsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist dabei eine Seifenfabrik zu erreichen. Das bringt die Händler und Unternehmer natürlich in Anspruch und ein Dr. Lion ruft die Herren zu einem Sturm auf: "Deutschland darf kein Dorado der Konsumgenossenschaftlichen Entwicklung werden, weil Deutschland seine Stärke in seinem Bürgertum besteht, das sich seiner Unabhängigkeit rühmen kann. Durch die Beziehungen zu Konsumvereinen wird aber bekanntlich die wirtschaftliche wie politische Unabhängigkeit in Frage gestellt. Um die individuelle Freiheit künftigen sich natürlich die Hauptmänner der Konsumvereinsbewegung ebenso wenig, wie jener Warenhausbesitzer, der mir einmal auf den Einwurf hin, dass die Warenhäuser viel selbständige Existenz vernichtet haben, entgegnete: "Dann müssen sie eben Angestellte werden, da sie nicht so stark waren, sich im Kampfe ums Dasein zu behaupten." Um aber zu verbüten, dass diejenigen, die heute auf ihre Selbständigkeit stolz sind, ins Schlepptau der Konsumvereine kommen, müssen sie den Gewerkschaftern zehn bis aufs Messer anjagen. Es ist eine der brennendsten aktuellen Fragen, die den Groß- und Detailhandel zu beschäftigen haben wird. Wenn alle ihre Pflicht tun, dann ist es möglich, der Großraumsgesellschaft deutscher Konsumvereine in die Spieße zu fallen, bevor die Räder aus dem Schrittempo in Sturmschritt übergehen, um ihren verheerenden Siegeszug durchzuführen."

Die gerühmte Unabhängigkeit des deutschen Bürgertums, soweit es in den Krämer und Händlern zutage tritt, kann wahrlich einen Hund jammern. Das moderne Proletariat hat gar keine Veranlassung, diese "freien Bürger" noch länger über Wasser zu halten, und deshalb schließt es sich immer mehr den Konsumgenossenschaften an.

Donnerwetter, kann der Mann aber schimpfen! Die christlichen Zeitungen entrüssten sich gern über den schlechten Umgangston, der in der Arbeiterpresse herrscht. Da dürfte es von Interesse sein, einmal eine Testprobe von dem Umgangston zu geben, den die Brüder in Christo untereinander haben. Der katholische Pfarrer und bayrische Landtagsabgeordnete Grandinger sieht sich veranlasst, in seinem Leiborgon "Nordhalber Grenzbote" gegen die "Fränkische Presse" in poeievoller Weise loszugehen: "Die alte Kronacher Schnapskette, vulgo "Fränkische Presse", juckt die Nase wieder mal. Sie wird frisch und gemein und berstet beinahe vor Neid, weil der "Fränkische Wald" ein Kronacher Inserat bekommen hat und sie nicht. War glücklich dies den "Grenzboten" gar nichts an und der "Fränkische Wald" selbst hat in der Samstagsnummer der alten Bettel zünftig und herhaft auf den Glaßkopf gespiickt. Jedoch sehen wir uns gezwungen, der Siegelhaften, zahnlosen, habgierigen, herzschüttigen und dabei halbblöden Zeitungsaufgebot die schmutzige Wehrteile zu verschonen, nicht deshalb, weil sie dies alle Quartale mindestens einmal braucht, sondern deshalb, weil das Pfaffenfügenblatt versucht dem "Grenzboten" ein ureligiöses Mantelchen umzuhängen. Wann und wo hat der "Grenzbote" gegen Religion und Glauben geschrieben? Das es uns etwas Erquickliches ist, zur rechten Zeit verhendete und verseuchte Heiler mit und ohne Talar und Tonur vorzufassen, das ist wohl wahr. Und dabei bleibt es, so lange der "Grenzbote" schauten kann. Auch ist es uns zurzeit ein gemüths Wieselein, wenn wir gegen sogenannte katholische Zeitungen vom Schlage der alten Kronacher Bettel loszudenken dürfen: denn die Zentrumsparteien verbergen mit ihrem Wühluhure verei die wahre Religion; sie schachen mit dem Herrgott; sie hinken den Herrgott als Abbonenter sammler und Alquisiteur. Diese Pfui-Teufels-Blätter versauen den Weinberg des Herrn mit ihrem chronischen Heuchlertypus. Es freut uns, dass der "Fränkische Wald" dieses Kronauer Inserat bekommen hat, und es freut uns nicht minder, dass die "Fränkische Presse" dieses Inserat nicht bekommen hat. Es sollte uns ferner ein Vergnügen sein, zu erfahren, dass die "Fränkische Presse" mehrere Inserate nicht bekommen hat. Es ist ja auch wahrscheinlich überflüssiges Geld, wenn man in der alten Bettel inseriert; denn man hat keine Garantie, ob die Musabonnenten — die der grünpantige Kaplan zusammenstrommt — auch in allen Fällen lesen können. Und wenn sie alle lesen könnten, sie verstehen es ja doch nicht mit ihren Zentrumsgimpelhirnästen, gefüllt mit faulem Stroh und andrem Unrat. So, jetzt sind wir quitt für heut' Alte Bettel, magst a Prise?"

Der Herr Pfarrer Grandinger scheint die Zentrumskirchen zu kennen.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Eine unverschämte Bande! In der "Südwestdeutschen Wirtschaftszeitung", einem der schärfsten Scharfmacherblätter, lesen wir folgendes offene Bekanntnis: "Alle richtigen Unternehmerverbände haben schwarze Listen, so gut wie alle Gewerkschaften. Alles steht anstrengen. Ledermann weiß, dass sie sie haben und sie schämen sich dessen gar nicht; aber die schwarze Liste wirkt um so schärfer, je gehöriger, je unfähiger sie ist, genau wie der Ausschuss den Unternehmer um so schwerer trifft, je unvermeidbar er kommt. Aus welchen Gründen ein Unternehmerverband einen Lohnarbeiter auf eine schwarze Liste setzt, das ist ganz seine Sache, das ist eine reine Brechmöglichkeitsfrage. Ebenso lassen sich Lohnarbeiter ja auch nicht vorschreiben, aus welchen Gründen sie streiken dürfen und aus welchen nicht. Der Lohnarbeiterstand ist es gewesen, der all diese außerbewirtschaftlichen Mittel in das Wirtschaftsleben eingeführt hat, um seinen Lohn zu steigern."

An diesem Bekanntnis einer schönen Scharfmacherseele fällt uns zunächst die zynische Frechheit auf, mit der sich der Unternehmerkuli über alle Gebote der sozialen Moral und der sozialen Gerechtigkeit hinwegsetzt. Hier wird der Kapitalproklamation in einer solid unverschämten Geste proklamiert, dass man beim Lesen dieser Sätze sogar einen physischen Ekel empfindet. Der Gipfelpunkt der Ge-

Mitsroheit ist es, wenn es als das selbstverständliche, unkontrollierbare Recht eines Unternehmerverbandes hingestellt wird, einen Arbeiter auf die schwarze Liste zu setzen und ihn dadurch möglicherweise wirtschaftlich zu vernichten. Hand in Hand mit dieser gemeinen Gesinnung geht eine niederträchtige Verdrehungskunst. Wenn man dem sauberen Herrn glauben darf, so hat der Arbeiterstand die außerwirtschaftlichen Mittel in das Wirtschaftsleben eingeführt und die Scharfmacher sind nur die gelehrten Schüler der Arbeiter geworden. Das ist direkt erfolgen. Die Arbeiter haben notgedrungen von der Waffe des Streiks Gebrauch machen müssen, weil die Kapitalproben einer Besserung der erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen den heftigsten Widerstand entgegensezten. Diesen durchaus ehrlichen Kampf haben die Unternehmerorganisationen durch die Einführung der schwarzen Listen systematisch vergrößert. In hinterlistiger, geradezu bubenhafter Weise, nach dem Muster der mittelalterlichen Strauchritter, suchen sie die Existenz eines mißliebigen Arbeiters zu vernichten — eine größere Gemeinheit läßt sich kaum erdenken. Und wenn sich, nach den Worten des Unternehmerkulis, die Scharfmacher der schwarzen Listen nicht schämen, so verdienen sie die Bezeichnung: eine unver schämte Bande!

Arbeiterversicherung.

G. Verkrüppelung durch Zellgewebsentzündung. Welchen Gefahren ein Kollege ausgesetzt ist, zeigt uns nachstehender Fall. Trotzdem nachgewiesen wurde, daß der Verlehrte durch Ablaugen eines Fußbodens sich die Hände veräht hatte, ein Holzsplitter in die Hand eingedrungen war, wurde der Unfall verneint und erhält der Krüppel keine Rente. Der Sachverhalt war folgender:

Der Weißbinder F. H. aus Bruchköbel war mit drei Pollegern mit Hängen eines Fußbodens beschäftigt und stach sich bei der Arbeit einen Holzsplitter in den rechten

stieß sich bei der Arbeit einen Holzsplitter in den rechten Mittelfinger. Festgestellt wurde ferner, daß alle drei Arbeiter mehrere Tage die Hände verbinden mußten, da sie sich dieseben arg „veräht“ hatten. Nach drei Tagen eiterete der verletzte Finger, die Hand schwoll stark an und mußte der Verletzte später das Hanauer Krankenhaus aufsuchen, um sich einer Operation zu unterziehen. Die Hand blieb steif und ist der Verletzte dauernd ein Krüppel. Die Berufsgenossenschaft weigerte sich jedoch, eine Rente zu zahlen, da durch Ablängen eines Fußbodens keine ZellengewebSENTZÜNDUNG entstehen könne. Obwohl der Chirurg des Krankenhauses erklärte, daß es sich um eine „eiterige ZellengewebSENTZÜNDUNG“ der rechten Hand handelt, die auch der größten Wahrscheinlichkeit nach auf die kleine Verlehung zurückzuführen ist, die S. erlitten hatte, wies das Schiedsgericht zu Kassel in dürren Worten die Berufung zurück und hatte nur kurz zu erklären, daß es sich ja „lediglich nur um die Möglichkeit, daß der Finger des Slägers durch eine bei der Arbeit entstandene Wunde infiziert worden sei, handle.“ Diese Verlehung sei aber gar nicht nachgewiesen.

Der Verlehrte erhob nun Refurß gegen dieses Urteil und hatte auch das Glück, einen Spezialarzt zu finden, welcher sich alle Mühe gab, den Fall zu reiten. Wir heben aus dem umfangreichen Gutachten dieses Arztes hervor: „Zunächst sieht man an der Streckseite des Endgliedes des rechten Mittelfingers, an der Stelle, wo der Holzsplitter eingestochen sein soll, ein 0,7 Centimeter langes Rärbchen, das die Angabe des Verlehrten über das Einstochen des Splitters seinem Aussehen nach durchaus wahrscheinlich macht.“

„Hinsichtlich des Zusammenhanges der eiterigen Zell-
gewebsentzündung mit dem angeblichen Unfall, der von
dem Schiedsgericht als nicht vorhanden angesehen wurde,
weil der „Nachweis des Vorhandenseins einer solchen
Wunde“ fehle, ist folgendes zu beachten: 1. Zunächst das
erwähnte Kräbchen macht jeden ganzen Aussehen nach
die Angaben des Verletzten äußerst wahrscheinlich. Das
S. dies nicht gleich angegeben hat, erklärt sich durch seine
offenbare Harmlosigkeit, die ihn die Wichtigkeit dieses
objektiven Merkmals der stattgehabten Verletzung nicht hat
erkennen lassen. 2. Wenn die Zeugen die Angaben S.s,
dass er und sie nach der Ablaugung des Fußbodens die
(Hände) länger mehrere Tage verbunden getragen hätten,
bestätigen, so wäre damit ein weiteres Moment gegeben,
welches für den Zusammenhang der Infektion mit der
Betriebsarbeit spreche. Uebrigens schafft das Ablauen
erfahrungsgemäß durch die damit stets verbundene Be-
einträchtigung der Hautbedeutung unserer Eingangspforten
für Infektionskeime; so dass auch ohne die Verletzung
mit dem Holzsplitter die Wahrscheinlichkeit eines Zu-
sammenhanges der in Frage stehenden Betriebsarbeit und
der Zellengewebsentzündung gegeben wäre.“

Die Zeugen erklärten noch schriftlich dem Reichsversicherungsamt, daß die Angaben des Verletzten der Wahrheit entsprächen und warten auf ihre Veredigung. Das Reichsversicherungsamt war aber schnell fertig und erklärte im abweisenden Urteil, daß es dahingestellt bleiben könne, ob „sich der Kläger tatsächlich einen Holzsplitter in die Hand gerissen hat oder die Hand durch das Umgehen mit der Lauge verletzt ist“, denn es fehlt der Nachweis, daß gerade eine bei jener Arbeit geschaffene Wunde die Ursache der Entzündung geworden ist. Holzsplitter verursachen also keine — Wunden. Zudem gab der Gutachter die Erklärung ab, daß auch die Lauge die Haut für die Infektion empfänglich machen könne. Es half alles nichts. Der Verletzte ist ein Krüppel und erhält trotzdem keine Rente.

Gesetzliche

Des Kampfes Ende. Die Folgen von Sperrmaß-
regeln und der Wert eines Lohntarifvertrages fanden ihre
kriminelle Beleuchtung vor der Abteilung II des Ham-
burger Schöffengerichts am 16. Februar d. J. anlässlich
der Strafsache gegen unsern Kollegen, den Maler G. Die
außerst interessante Verhandlung stützte sich auf die An-
klage wegen Bedrohung und Rüligung und Vergehen
gegen § 163 der G.-D. Die Verhandlungen ergaben kurz-
gefaßt nichts Neues.

gefaßt nachstehendes.

Als die gütlichen Versuche, im Herbst 1908 sowohl von Seiten der Arbeitgeber- als Arbeitnehmerorganisationen bezüglich Einnehmung des Lohn- und Arbeitstariffs für das Lohngebiet von Hamburg, Altona, Wandsbek bei den auf der Vulkanwerft in Hamburg ausgeführten Montierarbeiten des Meisters Geschäftspunkt fehlgeschlagen,

griff man zur Verhängung der Sperre. Ein vom 9. Oktober datiertes, am 10. Oktober vor dem Werftplage verfeiltes Flugblatt, unterschrieben von Hansen als Vertreter des Arbeitgeberverbandes und von Spieß, Vorsitzenden des Zirkus, rief die Arbeiter zur Solidaritätsbezeugung und striktesten Durchführung der Sperre auf. Dem war von Arbeitgeberseite ausdrücklich hinzugefügt: „Die Verhängung der Sperre und die Herausgabe des Flugblattes erfolgt mit unserer ausdrücklichen Zustimmung.“ Außer anderen schlechteren Bedingungen im Arbeitsverhältnis für seine Gehüllen gewährte im Durchschnitt Herr Edlich nur 45 ₦ Lohn pro Stunde bei 10stündiger Arbeitszeit, indes der Hamburger Tarif zum mindesten 65 ₦ bei neunstündiger Arbeitszeit verlangt.

Die so erklärliche große Erregung auf dem Werft-
platze erreichte ihren Höhepunkt am Montag den 12. Okt.
tober, an welchem Tage während der Mittagspause
Hunderte von Arbeitern sich auslässlich bei schönem Wetter
im Freien ergingen über ihren Weg, der an der Ebdlich-
schen Werftbude vorbeiführte, zur Kantine zu nehmen,
unter Redensarten hinüber und herüber zwischen Tarif-
brechern und Taristrennen.

Diesen hieraus entstandenen Differenzen, wie allen anderen tatsächlichen und wörtlichen Vergehen vor wie während der Spurre steht nach eigener, wie nach aller Zeugen Aussage der Angeklagte G. völlig fern, der solchen Auftritten feind zu sein erklärt, um so mehr, als sie gegen die Interessen seines Verbandes verstößen.

Nach Verlesung des Sperreflugblattes kommt, als Beuge geladen, der Obermeister Hansen, Mitunterzeichner des Flugblattes, in längerer Darstellung zum Wort. Er erklärt den Wert der Tarifverträge und die darauf sich gründenden moralischen und rechtlichen Verpflichtungen der Kontrahenten, besonders die Bestimmungen des § 8 des Normaltariffs, die zur Bekämpfung der Schmuggelfürreuz aufersehen seien und wie folcherweise im gemeinsamen Interesse ein geeintes Vorgehen gegen den fremden unlauteren Wettbewerb geboten war. Sollte eine Bestrafung aus § 152 der G.-L. erfolgen, so stelle er auch gegen sich als Mithilfenden Straftag.

Der Verteidiger Dr. Herz plädierte für Unzulässigkeit der Anwendung des § 153 unter Ausziehung verschiedenster Kommentare über den Tarifvertrag, der den Friedensschluß und kein Kampfmittel zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern darstelle, was die Ausführungen des Übermeisters Hansen besonders instruktiv vorgestellt hätten, also auch im Reichstage sie unzüngst in solcher Weise erfahre seien. Wenn nicht für völlige Freisprechung, so doch nur für einfache Verleidigung sprächen die Handlungen des Angeklagten, die durch die Erregung gezeitigt, dem beklagten Henze weitere nachteilige Folgen seines Verhaltens nicht in Aussicht stellte.

Nach langer Beratung schließt sich das Gericht dieser Ansicht in vollem Umfange an, indem es weder Rüttigung noch Bedrohung als vorliegend erachtet, wegen des Schläges auf den Urm aber aus dem Beleidigungsbaregraphen auf M. 5 Geldstrafe eben. 1 Tag Haft erkannte.

Die Sperre selbst erhielt bekanntlich mit voller Anerkennung des Hamburger Tarifes schon nach Verlauf von 6 Tagen

er ihn nicht verlassen können. Beide Angeklagten, wie auch der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hirschler, verlangten keine Bestrafung, nur einen Widerruf der verleumderischen Bekleidung und Tragung der Kosten. Das Urteil lautete auf „100 Geldstrafe und Tragung der Kosten, sowie Bekundigung des Urteilstextors in der Mainheimer „Volksstimme“, der „Pfälz. Post“ und in der „Metallarbeiterzeitung“. Zu der Begründung heißt es: Es hat die Verhandlung zur Gewissheit ergeben, daß die Behauptungen des Angeklagten lediglich leeres und nützles Wirtshausgerede waren, daß einer Untersage völlig entbehrt. Die Bekleidung ist grober Natur. Nur durch das Verhalten des Angeklagten vor Gericht ist das Gericht zu der Überzeugung gekommen, daß der Angeklagte geistig nicht vollwertig zu nehmen ist, und es wurde deshalb auf eine geringe Geldstrafe von „100“ erachtet.

Das Allertraurigste bei der Sache ist, daß organisierte Arbeiter auf das elende Geschwätz eines solch geistigen minderwertigen Menschen hin ihren selbstgewählten Führern das Vertrauen entziehen und dadurch dem Kampfe mit einer besseren Zukunft so schwere Hindernisse bereiten.

Die vorjährige Kochbewegung in Wössneck wurde am 25. Februar durch einen Termin vor dem Amtsgericht in die Erinnerung zurückgerufen. Angeklagt war auf Grund der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung der Stollege Emil B., dem zur Last gelegt wurde, im Juni v. J. den Freiwilligen Strämer durch Drohung an freiwilliger Arbeit gehindert zu haben, indem er ersterem auf der Straße augerufen haben soll: „Läßt Dich ja nicht wieder auf der Straße sehen“ und: „Ein aufständiger Stollege wird nach dem Streit auch nicht wieder mit Dir arbeiten.“ Die Verhandlung ergab nun die vollständige Haltlosigkeit dieser Anklage, indem selbst Strämer als Zeugungzeuge, sowie der Angeklagte und dessen Beuge übereinstimmend diesen Ausspruch für nicht gefallen erklärt. Das Gericht mußte deshalb auf Freisprechung erfeunen.

Dem Ausland.

Öesterreich. Nach Wien und Meran (Tirol) ist Zug fernzuhalten.

Schweiz. Gesperrt sind: Heidegger in St. Gallen; die Werkstätten: Keller in Horgen, Gujt. & Küll. Müller in Wädenswil, Gebr. Beer in Nübergmatt.

feit moet een voorwaarde zijn dat de arbeidster niet alleen de arbeid kan leveren, maar ook de gezondheid kan behouden.

Die Segnungen des Kapitalismus. Aus Nordamerika, wo der Kapitalismus seine höchste Stufe erreicht hat, berichten bürgerliche Zeitungen von einer ungeheuren Massenarbeitslosigkeit. Tausende und Abertausende flüchtiger Arbeiter liegen arbeitslos auf der Straße oder arbeiten nur wenige Stunden des Tages, froh, daß sie und ihre Familien wenigstens nicht Hungers zu sterben brauchen. Am schlechtesten ist die Lage in New York. Das Elend, daß in vielen der dichtbevölkerten Stadtteile, die hauptsächlich von eingewanderten Ausländern bewohnt werden, herrscht, ist einfach untragbar. Stand da in den englischen Tageszeitungen dieser Tage folgende Anzeige, die von dem Sekretär einer Wohltätigkeitsgesellschaft, vollständig ernst gemeint, aufgegeben war: „Zu verkaufen ein Mann, 43 Jahre alt, 5 Fuß 7 Zoll groß, Gewicht 160 Pfund, gesund an Gliedern, versteht mit Maschinen umzugehen, lägt sich leicht anlernen, kein angemessenes Angebot zurückgewiesen.“ So eigenartig amerikanisch dieses Anserat auch anmuten mag — es ist durch bittere Not gezeitigt worden. Neun Monate lang hat dieser Mann an die 200 Werkstätten in ganz New York, um Arbeit annehmend, besucht. Überall fand er eine lange Liste von Leuten, die sich vor ihm um Arbeit beworben hatten und noch nicht angefressen werden konnten. Aus keiner Wohnung war er ausgeschaut worden, da er die Miete nicht bezahlen konnte. Seine Frau hatte er zu ihren Verwandten nach England zurückgeschicken müssen. Unter dem alten System der Neger-Sklaverei, die der Bürgerkrieg und die Verfassung befeitigt haben, war der Sklavenhalter zu allen Zeiten zu Speise, Kleider und ihnen Obdach zu gewähren, verpflichtet, ob er Arbeit für sie hatte oder nicht. Und dieser frisch geborene intelligente amerikanische Arbeiter, ein gelernter Mechaniker, wollte kein besseres Los, als diese Neger-Sklaven. Man soll ihm Speise gewähren, ihm Kleidung für 70 Dollar pro Jahr garantieren und ein Obdach geben, — dann will er seinem Herrn und Meister wie ein Sklave dienen. Der Mann, dessen wirklicher Name geheim gehalten wird, versichert, daß er so lange in diesem freien Lande in wirtschaftlicher Sklaverei zu leben hatte, daß ihm das Gefühl, ein Sklave zu sein, nichts Schreckliches mehr bieten kann, als er bereits erlebt. Nun, da er dem Hungertode nahe ist, nachdem sein Heim aufgebrochen wurde, ist er willens, Leib und Seele zu verkaufen — und er hat durch dieses Anserat nun auch einen Stäuffer gefunden, der ihn wenigstens von der Strafe hinwegnimmt.

Ein Trugbild aus dem Leben der Weltstadt, um so trauriger, als es nur ein Spiegelbild der wirklichen herrschenden Zustände in New York ist. Trotz aller parteiisch gefärbten Nachrichten von der neu aufblühenden Wohlfahrt des Landes ist die Zahl der Arbeitslosen in New York in diesem Winter beinahe grösser als je. Als dieser Tag bei einem Schneefall 500 Alushüllsarbeiter zum Fortschaffen der Schneemassen aus den Straßen von einem Agenten der Stadt gesucht wurden, meldeten sich deren 8000, die sich rauften und schlügen, um nur die ersehnte Arbeitskarte zu bekommen, die ihnen für eine zehnstündige Arbeit im Wind und Wetter einen Verdienst von $2\frac{1}{2}$ Dollar einbringen sollte. Wandert man heute während einer kalten Nacht durch die Straßen der Armen auf der Ostseite, den Bowery und den Nebenstraßen, so findet man zu Hunderten die armeligen, in abgerissenen Kleidern gehüllten Kommergestalten, die nicht einmal die 7 Cents für einen Schach in den hunderten Opierhäusern haben.

Ist es nicht eine fürchterliche Baufestotterförmung des kapitalistischen Systems, daß es machtlos ist, den Tausenden und Abertausenden Hülfe zu bringen, die in Hungern und Elend verkommen müssen, mittelbar dem Reichtum und dem Wahnsinnigsten Grus? Wahrlich, es wird bald Zeit, daß der Kapitalismus abdankt und dem Sozialismus den Platz räumt.

Neben den Stand und die Aussichten der russischen Gewerkschaftsbewegung berichtet der „Gewerkschafts-Anzeiger“, das führende Blatt der Gewerkschaften Russlands, das nach einer Unterbrechung von 9 Monaten zum ersten Male wieder erscheint, folgendes: „Noch immer umschlingt die wirtschaftliche und politische Krise wie mit einem eisernen Reis die Tätigkeit der Gewerkschaften und bedroht selbst ihre Existenz. Die gesellschaftliche Reaktion, die auch in die Arbeiterkreise eingedrungen ist, schwächt ihre Elastizität und zwingt sie, sich mit der grausamen Wirklichkeit apathisch auszuführen.“

Und dennoch leben die bestehenden Gewerkschaften, allen Hindernissen zum Trotz, die Arbeit fort, die die aufblühenden Gewerkschaften während der kurzen Freiheitsperiode mit solcher Intensität betrieben. Dem passiven Beobachter mag es häufig scheinen, daß das Leben in den Gewerkschaften völlig aufgehört habe zu pulsieren. Von unabhängigen Bedingungen zu einer elenden Existenz verurteilt, können die Gewerkschaften nicht vom Fleck und wären sogar nicht imstande, die bescheidensten Funktionen, wie gegenseitige Unterstüzung und Kulturarbeit, befriedigend zu erfüllen. In Wirklichkeit ist das aber nicht der Fall. Wenn das Leben der Gewerkschaften auch nicht reich ist an grossen Erscheinungen, wenn ihr Lebensprinzip ziemlich schwach schlägt, so vollzieht sich innerhalb der Gewerkschaften dennoch die ununterbrochene, für ein fremdes Auge unmerkliche Molekulararbeit der Festigung des Kerns der Organisation und der Prüfung und Ausarbeitung der gewerkschaftlichen Taktik. Undem die Gewerkschaften die Elemente schaffen und erzielen für die Aneignung der praktischen Erfahrungen der westeuropäischen Gewerkschaften, vollbringen sie eine wichtige kulturelle und soziale Arbeit.

Der heutige Niedergang der Gewerkschaftsbewegung in Russland, der besonders grell hervortritt angefichts des kürzlich stattgefundenen Russenschwunges, stellt keineswegs eine Ausnahmeerscheinung dar. Es gibt kein Land, in welchem die Entwicklung der Gewerkschaften nicht ähnliche Perioden der Flut und Ebbe durchgemacht hätte. Es gab Momente, da die Organisationsarbeit vollkommen vernichtet wurde und man gezwungen war, den von einer fremden Hand zerstörten Bau aufs neue aufzurichten und die zerstreuten Elemente zu sammeln. Nur lange Jahre der organisatorischen Erziehung der Massen verleihen den Gewerkschaften eine grössere Stabilität und Gleichmässigkeit. Nur die unermüdliche, hartnäckige Arbeit der vorgeschrittenen Elemente ist imstande, den Massen eine solche Erziehung zu geben.

Wie schwer die heutige Krise auch ist, wie lange die Jahre der politischen Depression sich auch hinziehen, die Gewerkschaftsbewegung kann in Russland nicht mehr spurlos verschwinden. Ein notwendiges Glied in der Kette der gesellschaftlichen Beziehungen der kapitalistischen Ordnung, entsteht sie unvermeidlich auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung. Nur die völlige ökonomische Segnung des Landes, nur die endgültige Rückkehr zu den vorkapitalistischen Formen der Volkswirtschaft könnte die Gewerkschaften vom Erdboden verschwinden lassen. Russland hat einen solchen Zustand nicht erreicht und kann ihn ungeachtet aller Bemühungen der jungerlichen Reaktion auch nicht erreichen. Und darum, wie traurig die Perspektiven auch sein mögen, die sich heute vor uns entrollen, wir haben doch keinen Grund zum Pessimismus.“

Diese Ausführungen klingen ganz anders als die Triumphgesänge und Siegesfestsarten der Genossen Rosa Luxemburg, die noch vor wenigen Jahren von den wunder-

baren Erfolgen der revolutionären Gewerkschaften Russlands phantasierte und dabei den deutschen Gewerkschaftern hohlsächselnd ansehnandersegte, was für Zammerkerle sie seien. Augenblicklich ist der ruhmredige Mund verstummt und es ist Frieden im Lande.

Literarisches.

„In Freien Stunden“ Heft 7—8 sind erschienen und bringen die Fortsetzung des spannenden Romans „Kenilworth“ von Walter Scott sowie der Erzählung aus der russischen Revolution „Kummerjahre“. Nein hinzugetretenen Abonnenten können die bisher erschienenen Hefte vom Verlag noch nachgeliefert werden. — Bestellungen zum Preise von 10 S pro Heft nehmen alle Parteibuchhandlungen, Kolporteure sowie der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, entgegen.

Von der Sammlung kommunalpolitischer Abhandlungen, die unter dem Titel „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“ im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ erscheinen, liegt als neuestes Heft eine Arbeit des Geistesdr. Badel über die Trinkwasserversorgung vor. Das Heft bildet den ersten, in sich abgeschlossenen Teil einer Abhandlung über die Hygiene der Städte, deren zweiter Teil sich mit der Städtereinigung befassen wird. Trotz des schwierigen Stoffes ist die Schreibweise verständlich. Wir können das Heft unseren Genossen, vor allem den Gemeinderäten, auf das angelegentlichste empfehlen. Preis 1 M . Agitationsausgabe 50 S . Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteure.

Walter-Frühling. Diesem Symbol ist die „März-Zeitung“ gewidmet, die der Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, in diesem Jahre herausgibt. — Die 16 Seiten starke Schrift wird zahlreiche sorgfältig ausgewählte Illustrationen bringen. Das grosse Mittelbild ist eine Radierung von Legros, daneben werden Meunier, Dammier vertreten sein. Der Preis ist auf 20 S festgesetzt.

Sterbtafel.

Frankfurt a. M. Am 17. Februar starb unser langjähriges Mitglied Heinrich Krohwein im Alter von 35 Jahren. — Am 27. Februar starb unser Mitglied Frith Krieger aus Cronberg im Alter von 46 Jahren.

Dresden. Am 24. Februar starb unser Kollege Richard Klemm im Alter von 67 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Vericht der Hauptkasse vom 23. Februar bis 8. März. Eingesandt wurden: Bismarck 10.08, Innsbruck 11.—, Norberney 2.75.

Für den Vereins-Anzeiger: Bern 6.—, Davos 12.—, Zürich 12.—, St. Gallen 6.—, Arosa 6.—, Meran 6.20, Innsbruck 6.—.

Die Filialverwaltungen werden erucht, die Belege für die ausgezahlte Reiseunterstützung einzusenden.

Wir ersuchen bringend, die Geldsendungen nur an die Adresse des Unterzeichneten zu richten.

Duplicate wurden ausgestellt für die Kollegen: Hugo Barz, Buchn. 3909, bez. bis 42. Woche 08 (Düsseldorf); Franz Bielek, Buchn. 57973, bez. bis 30. Woche 08 (Cöln); Joh. Laven, Buchn. 56202, bez. bis 41. Woche 08 (Düsseldorf); Frbr. Spielmann, Buchn. 20928, bez. bis 48. Woche 1908 (Frankfurt a. M.); Joh. Holler, Buchn. 23367, bez. bis 52. Woche 08 (Essen).

Material wurde versandt:

B. = Beitragssachen, E. = Eintrittssachen.

D. = Duplikatsachen, R. = Kalender.

Bielefeld 2000 B. a 60 S , 200 B. a 25 S ; Braunschweig 4000 B. a 60 S , 10 D. ; Bremen 800 B. a 20 S ; Chemnitz 4000 B. a 50 S , 2000 B. a 25 S , 100 E. ; Fürstenwalde 100 B. a 25 S ; Hagen 100 E. ; Jena 1200 B. a 60 S ; Kaiser-Lautern 800 B. a 50 S ; Konitz 5 R. ; Neudorf 2 R. ; Posen 2000 B. a 60 S ; Stecklinghausen 400 B. a 60 S , 200 B. a 25 S , 20 E. , 5 R.

H. Bentler, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(eingetragene Gültstätte Nr. 71.)

Vericht des Hauptklassierers vom 28. Februar bis 6. März. Überschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingesandt von Meyer-Bergedorf 100.—, Brand-Detmold 60.—.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgesandt an Mayer-München 500.—, Binn-Würzburg 50.—, Borchers-Sachsen 50.—, Rudolph-Mannheim 100.—, Genz-Mainz 100.—, Struc-Göttingen 50.—, Stegen-Viernberg 50.—, Schmid-Kiel 50.—, Schrebs-Kassel 200.—, Müller-Merseburg 100.—, Jahn-Gera 5. L. 50.—, Geißler-Schweidnitz 50.—, Müller-Parchim in Baden 100.—.

Krankengelder erhielten Buchn. 24809, R. Girbig in Breslau, 12.60; Buchn. 24864, R. Langer in Breslau, 12.60; Buchn. 25961, P. Kreptow in Köslin, 23.60, Buchn. 1182, G. Jäckel in Zehlendorf, 12.60; Buchn. 33287, H. Bruns in Emden, 23.60; Buchn. 27256, R. Sprengard in Weilersbach in Bayern, 14.70; Buchn. 28959, P. Sebastian in Bonn, 12.60; Buchn. 35534, H. Reiter in Hann. Münden, 25.20; Buchn. 29836, C. Gazzanelli in Neu-Glatzierschütz, 14.70; Buchn. 29113, H. Höftmann in Bad Reichenhall, 12.60; Buchn. 7, O. Döring in Neuenkirchen bei Greifswald, 14.70; Buchn. 29600, St. Hubrowsky in Danzig, 18.90; Buchn. 344, J. Biessem in Lippespringe, 12.60; Buchn. 29223, F. Sievers in Stellau in Holstein, 26.20; Buchn. 3475, M. Gollert in Angermünde, 21.—; Buchn. 31056, M. Zwenzuer in Brandenburg a. H. 16.80; Buchn. 28068, W. Mogiwitz in Breslau, 12.60; Buchn. 35514, H. Brinkmann in Sahn, 2.10; Buchn. 14883, C. Vollbrandt in Rendsburg, 18.90.

In dem Bericht in Nr. 10 muss es heißen: Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgelöst an jw., anstatt Überschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden abgesandt an jw.

Die neuen Statuten und Marken sind an alle Verwaltungen versandt worden. Sollte eine Verwaltung diese nicht erhalten haben, dann bitte ich um Mitteilung.

Das neue Statut tritt am 1. April d. Z. in Kraft.
J. H. Busse, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17.

Bitte die Kollegen, insbesondere die Verbandsfunktionäre um Aufenthaltsangabe des Malers Paul Carolus a. Kiel. Porto erstatet. H. Drenkhahn, Ludwigslust i. M., Stohlösen 6.

Malerleiter

nur
beste
Qualität
mit
Hart-
holz-
Sprossen

Stellfüsse für Treppen etc.

E. Blasberg & Co. Nachf.
Berlin S. W. 68, Schützenstr. 34.
Fernsprecher I. 1559.

Im Verlage von M. Ernst in München erscheint alle 14 Tage der „Süddeutsche Postillon“

Humoristisch-satirisches Wochblatt.
Groß 4° seitig, reich und originell illustriert,
schwarz und in prächtigen Farbendruck.
Preis pro Nummer 10 Pf.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 10 des Correspondenzblattes für die Bevollmächtigten unserer Filialen bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Marx.
Hamburg, Schmalenbeckerstraße 17.
Verlag von H. Bentler, Hamburg 22. Druck
von Friedrich Meyer, Hamburg 23.

Central-Arbeitsnachweis für Thüringen

(M 2.—)

Vermittlung zu jeder Tageszeit bei Ferd. König, Marbachergasse Nr. 6.

Aufklärung!

Sie erleben eine grosse Enttäuschung, wenn Sie glauben, die Holz- oder Marmor-Malerei in einem Monat gründlich zu erlernen.

Hierzu benötigen Sie wenigstens 2—3 Monate!

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5.

Grösste Spezial-Schule für Holz- und Marmor-Imitation.

Unterricht vom 15. Oktober bis 15. März.

Prospekte gratis.

Neuester Erfolg: Einer unserer Schüler erhielt nach 4½ monatlichem Unterricht für seine Leistungen die Berechtigung zum einjährigen Dienst!

Maler - Mäntel,

beste Qualität mit schrägen Taschen und Umlegekragen. Nur eigenes Fabrikat.

110 120 130 140 cm lang
jezt 2.75 2.90 3.10 3.25 M.

Hosen aus Messelstoff 2.— M. Müzen 40 S , Drell-Hosen und Jacken 6.20 M , Extra-Größen 3.— M. 11. Qualität 25 M billiger.

Wir bitten Oberweite und Schrittlänge anzugeben.

D. Wurzel & Co., Berlin,

Brückstraße 13, I.

Epochemachende Erfindung!

Deutsches Reichspatent No. 191582.

Swierzy-Malerei

Das Porträt der Zukunft!

Farbige Gemälde direkt auf Malleinen nach jeder Photographie, z. B. 30/40 cm auf Keilrahmen Mk. 10.— Absolute Ähnlichkeit garantiert.

Täglich hervorragende Anerkennungen
Preisliste gratis und franko.

Richard Swierzy, Ges. m. b. H.

Berlin S. O., Oranienstr. 70.

Grosser Nebenverdienst!

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—

Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc.

Ph. Brühl, Geisen i. Westf.

Billige Malvorlagen

Für 1 M. (Porto 20 Pf. extra) 20 schöne Mal-

Figürchen etc.), früherer Wert 8—10 M.

Für 3 M. (Porto 50 Pf. extra) 20 schöne grö-

Landschaften, Amoretten - Kompositionen, Figur-

liches etc.), früherer Wert 20—25 M.

E. Haberland in Leipzig-R.

Anzeigen.

flottgehendes Malergeschäft

In großer Stadt Schleswig-Holsteins (38000 Einw.) ist ein flottgehendes Malergeschäft neben Gebäuden unter sehr günstigen Bedingungen zu kaufen. Reichlich Arbeit für den Sommer vorhanden. Anzahlung geringe. Ges. Dfferten u. M. 100 an die Expedition dieses Blattes.

Empfiehle den Genossen mein Freunde Logis, sowie Mittags- und Abendstift in reichhaltiger Auswahl. Filiale Berlin und des Wahlvereins.

Hermann Strammi

Berlin SO., Ritterstr. 123.

Gold-Wäfle.

Kaufe zum höchsten Preis jeden großen und kleinen Posten

Kehrygold, Goldwatte und Abkratzgold.

Briefe oder Paketsendungen werden schnell erledigt. Um genaue Adressen wird geb. Max Kümpf, Dresden, Blasewitzerstr. 64.

</